

Europäische Geschichte im 19. Jahrhundert V: Von der Restauration nach 1850 bis nach der Reichsgründung 1875

Mittwoch, 12. 11. 2014

Louis Napoleon und das zweite Kaiserreich in Frankreich. Der Krimkrieg.

Mittwoch, 19. 11. 2014

Napoleon III., Solferino und die italienische Einheit.

Mittwoch, 26. 11. 2014

Preußen, Bismarck, Deutscher Bund, Königgrätz 1866, Norddeutscher Bund

Mittwoch, 3. 12. 2014

Der deutsch-französische Krieg 1870/71. Elsass-Lothringen. Frankreich wird Republik

Mittwoch, 10. 12. 2014

England und Russland als europäische Flügelmächte. Sezessionskrieg in den USA

Napoleon III. und das zweite Kaiserreich in Frankreich

In Frankreich sollte nach der neuen Verfassung der Präsident vom Volk gewählt werden, und die Wahl wurde auf 10. Dezember 1848 festgelegt. Der Kandidat der liberal-konservativen Parlamentsmehrheit war der Diktator und Regierungschef Cavaignac, der im Juni die Pariser Arbeiteraufstände brutal niedergeschlagen hatte. Gegenkandidat war Prinz Louis Napoleon, Sohn der Königin Hortense und des Napoleonbruders Louis, der Frankreich 1814 hatte verlassen müssen und in Konstanz und Augsburg die Schule besucht und später in der Schweiz gelebt hatte (Schloss Arenenberg im Thurgau war der Verbannungssitz seiner Mutter). 1836 war er bei einem Putschversuch in Straßburg verhaftet und nach Rio de Janeiro abgeschoben worden. Als er 1837 zu seiner sterbenden Mutter in die Schweiz zurückkehrte, verlangte Frankreich seine Auslieferung, der Kanton Thurgau weigerte sich, aber bevor es zum Krieg kam, emigrierte der Prinz nach England. Von dort aus machte er 1840 den zweiten Putschversuch in Boulogne-sur-mer. Er wurde gefangen und zur Haft auf der Festung Ham in der Picardie verurteilt. Die lockere Haft nutzte er, um die Probleme Frankreichs zu studieren (*l'université de Ham*). 1846 konnte er nach England fliehen. Nach der Revolution kam er nach Frankreich, wurde Abgeordneter und kandidierte dann für das Präsidentenamt. Obwohl fast unbekannt und ohne großen Wahlkampf wurde er mit 75% der Stimmen zum Präsidenten gewählt und übernahm am 20. Dezember von Cavaignac die Amtsgeschäfte. Der *prince-président* beobachtete die Schwierigkeiten der Parteien und Regierungen und konnte allmählich Leute seines Vertrauens dort unterbringen. Gleichzeitig bereiste er das Land, *la France profonde*, und schaffte sich so einen Anhang. Kurz vor Ablauf seiner Amtszeit organisierte er am 2. Dezember 1851, dem Jahrestag der Kaiserkrönung Napoleons und der Schlacht von Austerlitz, einen Staatsstreich, der blutiger ausfiel, als er gedacht hatte, er erließ eine neue Verfassung, die ihm große Vollmachten sicherte, und am 21. Dezember wurde er mit einem eindrucksvollen Plebiszit (7,5 Mio gegen 640 000) bestätigt. Bei einem weiteren Plebiszit für die Einführung des Kaisertums im November 1852 war der positive Stimmanteil noch höher, und am 2. Dezember 1852 ließ er sich als Napoleon III. zum Kaiser ausrufen. Das neue Empire war autoritär, aber Napoleon sicherte sich immer wieder Rückendeckung durch Plebiszite, und er machte eine aktive Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schaffte und die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung verbesserte. Paris wurde grundlegend modernisiert (Baron Haussmann), das Eisenbahnnetz wurde ausgebaut, Straßen, Wasserstraßen und Kanäle sorgten für bessere Transportmöglichkeiten. Zwei Weltausstellungen in Paris 1855 und 1867 zeigten den Fortschritt und die führende Stellung des zweiten Kaiserreichs. Das Ansehen Napoleons III. in Frankreich leidet bis heute darunter, dass er in Paris und bei der Elite unbeliebt war und nicht ernst genommen wurde (Victor Hugo, Napoleon le Petit, 1851). Auch das berühmte Urteil von Karl Marx (Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, 1852) hat seinem Andenken geschadet: *Hegel bemerkt irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Thaten und Personen sich so zu sagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als große Tragödie, das andre Mal als lumpige Farce.* Aber die über zwanzigjährige Regierungszeit Napoleons III. ist für die Ausgestaltung des modernen Frankreich nicht wegzudenken.

(Johannes Willms: *Napoleon III. Frankreichs letzter Kaiser*. Beck München 2008)

Der Krimkrieg

Napoleon modernisierte und vergrößerte die Armee. In Algerien führte er die Kolonial- und Siedlungspolitik des Bürgerkönigs weiter. Seit 1856 versuchte Frankreich, in Indochina militärisch Fuß zu fassen, und 1859 wurde Saigon erobert und der Süden des Landes mit dem Mekong-Delta französisch besetzt. Doch zur großen Bewährungsprobe wurde der Krimkrieg. Zar Nikolaus von Russland beanspruchte als orthodoxer Herrscher, die einzige Schutzmacht der christlichen Stätten in Konstantinopel und in der osmanischen Türkei zu sein, um dadurch in der Türkei jederzeit eingreifen zu können. 1853 besetzte Russland im Mai die Donaufürstentümer Moldau und Walachei und wurde dadurch zum neuen slawischen Schwergewicht auf dem Balkan. Die Türkei erklärte daraufhin im Oktober Russland den Krieg. Im November griff die russische Schwarzmeerflotte auf der Südseite des Schwarzen Meeres an, und eine entscheidende Niederlage der osmanischen Türkei schien sicher.

Deshalb schrieb Napoleon an den Zaren und forderte das Ende der Feindseligkeiten. Der Zar wich in der Antwort aus, und daraufhin verband sich Frankreich mit England, sie schlossen ein Bündnis mit der Türkei und erklärten im März 1854 Russland den Krieg. Österreich schloss sich den Verbündeten nicht an, verlegte aber Truppen auf den Balkan und band so russische Streitkräfte. Am 31. Mai landeten französische und englische Truppen (je etwa 30 000) in Varna am Schwarzen Meer und erreichten im September die Krim, um Sewastopol zu belagern. Die Russen verteidigten ihr Staatsgebiet, die Verbündeten wollten Russland vorführen. Die einzelnen Kriegshandlungen waren eine blutige Schlächtereier, die in der nachträglichen Legende zu historischen Heldentaten umgedeutet wurde. Die hygienischen Zustände waren unbeschreiblich, der französische wie der englische Oberbefehlshaber starben an Infektionen, ebenso viele Soldaten (von 70 000 toten Franzosen starben 50 000 durch Krankheiten). Die Krankenschwester Florence Nightingale übernahm ein Hospital in Istanbul und reformierte das Lazarettwesen. Die Belagerung von Sewastopol dauerte über ein Jahr. Als die Franzosen unter Mac-Mahon im September 1855 das Fort Malakow eroberten, sprengten die Russen ihre militärischen Anlagen und zogen sich zurück. Im November besuchte der neue Zar Alexander II. den Kriegsschauplatz und entschied, den Krieg zu beenden. Auf Einladung Napoleons fanden die Friedensverhandlungen in Paris statt und führten am 30. März 1856 zum Frieden von Paris. Damit war das zweite Kaiserreich an der Stelle Österreichs zum politischen Schwergewicht geworden, und Kaiser Napoleon III. so etwas wie der Schiedsrichter Europas. Die Weltausstellung in Paris 1855 versinnbildlichte diese neue Führungsrolle.

Der Konflikt mit Österreich und die italienische Einheit

Österreich war der alte Dauergegner und Machtkonkurrent Frankreichs in Europa und hatte bis 1848 die europäische Politik geleitet. Ein Pfeiler der österreichischen Macht war seine Stellung in Norditalien, das Königreich Lombardo-Venetien, das militärisch durch das Festungsviereck Mantua – Peschiera – Verona – Legnano gesichert war und von 1831 bis 1857 von dem legendären Oberkommandierenden Radetzky befehligt wurde. Seit der Niederschlagung der Revolution von 1848 und dem Rücktritt des resignierten Kaisers Ferdinand wurde Österreich vom Militär bestimmt (Windischgrätz und Schwarzenberg), der jugendliche Kaiser Franz Joseph regierte absolutistisch und bürokratisch, und alle Zugeständnisse an die Revolution (Pillendorfer Verfassung) wurden aufgehoben. In Ungarn wurde die Revolution erst 1849 mit russischer Hilfe niedergeschlagen, und in Italien konnte Radetzky die Truppen von Savoyen-Piemont 1848 (Custoza) und 1849 (Novara) schlagen. Aber die Stimmung war antiösterreichisch. Napoleon III. war der italienischen Einheitsbewegung besonders verbunden, weil er 1831 bei den *Carbonari* gegen die österreichische Vorherrschaft gekämpft und dabei seinen älteren Bruder verloren hatte. In Frankreich musste er aber Rücksicht auf die ihn tragenden eher konservativ-katholischen Landbewohner nehmen, die eine Einschränkung der weltlichen Macht des Papstes nicht ohne weiteres hinnehmen würden. Der Kirchenstaat trennte aber wie ein Riegel den Norden Italiens vom Süden, und ohne ihn war an eine italienische Einheit nicht zu denken. Am 14. Januar 1858 verübte Felice Orsini vor der Pariser Oper ein Attentat auf Napoleon, bei dem dieser zwar unverletzt blieb, aber viele Menschen getroffen wurden und mehrere starben. Der Grund dafür war, dass Orsini glaubte, Napoleon habe die italienische Einheit verraten. Er wurde zum Tod verurteilt und hingerichtet, aber Napoleon hatte vorher Kontakt mit ihm aufgenommen und ihm versprochen, sich für Italien einzusetzen. Im Juli 1858 traf sich Napoleon in Plombières-les-Bains in den Vogesen heimlich mit dem Grafen Cavour,

seit 1852 Premierminister von Sardinien-Savoyen-Piemont, und die beiden Mächte schlossen einen Beistandspakt, wenn Savoyen von Österreich angegriffen würde. Danach versuchte Cavour, Österreich durch Aufrüstung zu provozieren. Im April 1859 verlangte Österreich ultimativ die Entwaffnung, und als Sardinien ablehnte, marschierten österreichische Truppen im Bewusstsein ihrer Überlegenheit in Piemont ein. Damit war für Frankreich der Kriegsgrund gegeben. Die österreichische Armee nutzte ihre anfänglichen Vorteile nicht aus, die französischen Truppen wurden mit der Bahn in Stellung gebracht, und mit der Schlacht von Magenta wurden am 4. Juni die Österreicher zum Rückzug gedrängt und Mailand befreit. Inzwischen hatten sich die Österreicher verstärkt, Kaiser Franz Josef hatte persönlich den Oberbefehl übernommen, und es kam am 24. Juni zur Schlacht bei Solferino, einer mörderischen Schlächtereier, bei der die Österreicher sich zurückziehen mussten, die aber keine Entscheidung brachte. Napoleon war, ebenso wie der Schweizer Henri Dunant, der nach diesen Erfahrungen das Rote Kreuz gründete, von dem Leiden und Sterben so erschüttert, dass er sich schon in den nächsten Tagen mit Kaiser Franz Josef traf und den Vorfrieden von Villafranca abschloss. Österreich trat die Lombardei an Frankreich ab, behielt aber Venetien. Frankreich übergab die Lombardei an Sardinien und erhielt dafür (nach einer Volksabstimmung) das französischsprachige Savoyen und Nizza.

Die italienische Einheit war nun nicht mehr aufzuhalten. In den kleineren Staaten Mittelitaliens und im Kirchenstaat übernahmen 1860 Volksbewegungen die Regierung und schlossen sich dem Königreich Sardinien an. Rom selber konnte für den Papst gehalten werden, aber nur durch französische Truppen, die die Sicherung übernahmen. Garibaldi landete auf Sizilien und stürzte das bourbonische Regime in Neapel. Nach einem Plebiszit und Parlamentswahlen erfolgte am 17. März 1861 die Proklamation des Königs Vittorio Emanuele zum König von Italien *durch die Gnade Gottes und den Willen des Volkes*. Die vorläufige Hauptstadt wurde Florenz. Der politische Gründer Cavour starb allerdings schon am 6. Juni 1861 nach einem Schlaganfall.

Österreich konnte zwar Venetien noch halten, aber gegen den Sog der italienischen Einheit nur mit verstärkter Repression und hoher militärischer Präsenz. Österreich war geschwächt, und Napoleon hatte die französische Führungsrolle verstärkt und bestätigt. Er hatte das Selbstbestimmungsrecht der Italiener durchgesetzt, aber die Frage der deutschen Einheit war viel schwieriger, weil Frankreich ein einiges Deutschland als machtpolitischen Konkurrenten fürchten musste.

Napoleon III. auf dem Schlachtfeld von Solferino



Liberalismus und allgemeines Wahlrecht

Die Liberalen des 19. Jahrhunderts gehörten zu den gebildeten und besitzenden Schichten, und sie waren Gegner des allgemeinen Wahlrechts, weil sie der breiten Bevölkerungsmehrheit keinen politischen Sachverstand zutrauten. So hielten sie etwa in Preußen und Baden am eingeschränkten Zensuswahlrecht fest, in Baden, weil sie eine katholisch-klerikale Mehrheit fürchteten, in Preußen, weil sie eine Mitsprache der Katholiken wie der Arbeiter verhindern wollten. Die stärksten Förderer des allgemeinen Wahlrechts waren Napoleon III. in Frankreich, der sein Kaisertum durch regelmäßige Plebiszite absicherte, Bismarck, der das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag durchsetzte, und in England Benjamin Disraeli, der 1867 eine sehr weitgehende Wahlrechtsreform verwirklichte. Alle drei Politiker zeigten auch ein soziales Engagement, ein Bemühen, die Lage der neuen Arbeiterschicht durch Reformen wie Arbeitszeitbegrenzung, Mindestlohn, Alters- oder Krankenversicherung zu verbessern. Das allgemeine Wahlrecht machte auch die Bildung und den Erfolg von Arbeiterparteien neuen Typs möglich, wo sich die kleinen Leute durch Mitgliedsbeiträge eine Organisation für ihre Interessen schafften und Repräsentanten dafür in die Parlamente brachten. Aus dem Gegeneinander von Konservativen und Liberalen, in England Disraeli und Gladstone, wurde im 20. Jahrhundert der von Konservativen und Arbeiterparteien.

Der Aufstieg Preußens: Wilhelm I. und Bismarck

Preußen hatte nach 1848 eine deutliche Niederlage in seinen deutschen Ansprüchen hinnehmen müssen. Der resignierte König Friedrich Wilhelm IV. interessierte sich danach nur noch für seine Bauprojekte und überließ das politische Geschäft mehr und mehr seinem Bruder Wilhelm, seit 1858 offiziell als Regent, seit 1861 als König. Wilhelm war willens, mit der liberalen Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus zusammenzuarbeiten. Aber er war von Ausbildung und Beruf her Militär und hielt eine Heeresreform mit Ausschöpfung der allgemeinen Wehrpflicht und dreijähriger Dienstzeit für unumgänglich. Die Mehrheit im Abgeordnetenhaus wollte das nicht, aber auch den Konflikt mit Wilhelm vermeiden und stimmte deshalb den notwendigen Ausgaben für die Reform vorläufig zu. Aber nach einer Neuwahl im Dezember 1861 wollte das Abgeordnetenhaus die Mittel für die Heeresreform nicht weiter billigen, der König sah die Weiterführung der Reform als seine Pflicht. In dieser Situation stimmte er der Berufung Otto von Bismarcks als Kampfministerpräsidenten im September 1862 zu.

Otto von Bismarck, 1815 geboren, nach einem Jurastudium in der Verwaltungspraxis wegen mangelnder Einordnungsfähigkeit gescheitert, zog sich als Landjunker auf sein Gut zurück. Er galt als rechter Flügelmann und schrieb gelegentliche Beiträge für die konservative Kreuzzeitung. 1849 wurde er in den neuen preußischen Landtag gewählt und entwickelte sich dort zum feurigen Debattenredner. 1851 wurde er von König Friedrich Wilhelm IV. zum preußischen Gesandten beim wiederbelebten Bundestag in Frankfurt ernannt. Er war zur Zusammenarbeit mit Österreich bereit, ärgerte sich aber zunehmend über die österreichische Arroganz gegenüber Preußen und kam so zu der Erkenntnis, dass eine Lösung der deutschen Frage nur gegen Österreich möglich sei. Von 1859 an war er Gesandter in St. Petersburg und knüpfte wertvolle Verbindungen, und im April 1862 wurde er nach Paris versetzt. Von dort holte ihn im September ein Telegramm des Kriegsministers Roon nach Berlin zurück. Bismarck führte als preußischer Ministerpräsident die Heeresreform ohne Zustimmung des Abgeordnetenhauses weiter. Mit einer windigen Lückentheorie (die Verfassung enthalte keine Regelung für den Fall, dass König und Herrenhaus dafür, das Abgeordnetenhaus aber dagegen war) setzte er den Haushalt auf dem Verordnungsweg in Kraft. Dass er selber an diese Theorie nicht glaubte, zeigt die Indemnitätsvorlage, mit der er nach seinen Erfolgen 1866 sein Vorgehen nachträglich absegnen ließ.

Die Auseinandersetzung mit Österreich

Bismarck war bei den Liberalen in ganz Deutschland verhasst, insbesondere nachdem er 1863 die Grenze zu Polen-Russland dicht gemacht und so den Russen die Unterdrückung eines polnischen Aufstandes erleichtert hatte. Aber 1864 fand er eine erste Möglichkeit zur nationalen Profilierung.

Die Elbherzogtümer Schleswig und Holstein gehörten seit 1460 zur dänischen Krone, aber auch zum Reich und später zum Deutschen Bund. Dänemark unternahm verschiedene Anläufe zur völligen Eingliederung, zuletzt 1863 mit einer einheitlichen Verfassung. Dagegen gab es Widerstand in der deutschsprachigen Bevölkerung und vor allem aus nationalen Gründen im übrigen Deutschland. Bismarck forderte die Österreicher zum gemeinsamen Eingreifen auf, und die preußische Armee, erstmals unter Helmuth von Moltke, schlug die dänische am 18. April 1864 an der Düppelner Schanze. Dänemark musste auf die Elbherzogtümer verzichten, und entgegen den Wünschen der Bevölkerung, die einen eigenen Staat unter einem Augustenburger wollten, übernahmen die beiden Intervenienten die vorläufige Verwaltung, Österreich in Holstein und Preußen in Schleswig. Aber natürlich war die Verwaltung Holsteins für Österreich wegen der Entfernung wie wegen der Mentalität viel schwieriger.

Schon 1863 hatte der Deutsche Bund auf Betreiben Österreichs die Fürsten zu einem Fürstentag nach Frankfurt eingeladen, um dort über eine Reform des Deutschen Bundes zu verhandeln. Aber Bismarck hatte seinen König genötigt, dem fernzubleiben. Die 1865/1866 diskutierte Reform sah ein fünfköpfiges Direktorium aus Österreich, Preußen, Bayern und zwei Vertretern der Mittelstaaten oder eine Trias aus Österreich, Preußen und einem Vertreter der Mittelstaaten vor, dazu ein Parlament, das von den einzelnen Landtagen beschickt werden sollte. Bismarck bereitete inzwischen den Krieg vor, indem er am 8. April einen Bündnisvertrag mit Italien schloss und damit Österreich in die Zwickmühle eines Zweifrontenkriegs brachte. Danach schlug er in Frankfurt die Einberufung einer aus direkten und allgemeinen Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung vor. Österreich versuchte sich auf den kommenden Krieg diplomatisch vorzubereiten und verzichtete am 12. Juni zugunsten von Frankreich auf Venetien. Dafür erwartete es Kompensationen in Deutschland (Schlesien).

Um Österreich noch weiter zu reizen, ließ Bismarck im Juni Holstein besetzen. Deshalb beschloss der Bundestag auf Antrag Österreichs eine Bundesexekution gegen Preußen, während Bismarck die deutsche Einheitsbewegung auf seine Seite zu ziehen versuchte und den Bund durch die Mobilmachung für aufgelöst erklärte. Der Krieg war in Preußen als „Bruderkrieg“ unpopulär, in Süddeutschland fürchtete man dazu eine französische Einmischung. Allgemein rechnete man mit einem längeren Krieg und einem österreichischen Sieg. Preußen stellte kleinere Kontingente gegen die verschiedenen Bundestruppen ab, aber die Hauptarmee marschierte eilends nach Böhmen und schlug die Österreicher bereits am 3. Juli 1866 bei Königgrätz entscheidend. Gegen den König und die Militärs setzte Bismarck schnelle Friedensverhandlungen durch, die am 22. Juli begannen und am 26. Juli zum Präliminarfrieden von Nikolsburg führten. Österreich musste außer Venetien keine Gebietsverluste hinnehmen, dafür aber auf jeden Einfluss in Deutschland verzichten. Preußen annektierte weite Gebiete in Norddeutschland (Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, Frankfurt) und schloss so die Lücken in seinem Staatsgebiet. Norddeutschland wurde in einem sehr föderalen, aber ganz von Preußen dominierten „Norddeutschen Bund“ organisiert. Die drei süddeutschen Staaten blieben unabhängig.

Die europäische Reaktion war vor allem Verblüffung. Seit dem Dreißigjährigen Krieg war Deutschland der europäische Kriegsschauplatz, das Kriegstheater für die Austarierung des europäischen Gleichgewichts zwischen Österreich und Frankreich, aber kaum ein handelndes Subjekt. Preußen war eine Mächtegrößenmacht, die nicht ganz ernst genommen, aber zu Koalitionen herangezogen wurde. England wollte sich aus den europäischen Streitigkeiten heraushalten, und Napoleon rechnete mit einem langen und unentschiedenen Krieg, in dem er schließlich als Vermittler auftreten und entsprechende Kompensationen für sich herausholen könnte. Die deutsche Einheit hatten die großen Mächte trotz Italien nicht auf dem Rechner, eher eine Teilung entlang der Mainlinie. Verblüfft waren die großen Mächte sowohl durch die Klarheit der Niederlage wie durch die Geschwindigkeit. Bevor sie begriffen, was läuft, wurden schon die Friedensverhandlungen abgeschlossen. In Frankreich war Österreich immer der Hauptgegner gewesen, der preußische Anteil

am Sieg gegen Napoleon wurde nicht gesehen, genau so wenig die Einigungsbewegung, und nach 1815 war Österreich wieder die führende Macht. Aber nach Königgrätz tauchte für die französische Öffentlichkeit ganz plötzlich das Gespenst eines starken Deutschland ohne Österreich auf, und in der öffentlichen Meinung wurde Österreich vom Hauptgegner zum Opfer, und *Revanche pour Sadowa* (Rache für Sadowa, der französische Namen für die Schlacht von Königgrätz) ein geflügeltes Schlagwort.

Deutsch-französischer Krieg 1870/71 und Reichsgründung

Österreich geriet durch die Niederlage in eine Existenzkrise, denn es hatte mit Italien und Deutschland seine beiden wichtigsten Einflussgebiete verloren und musste sich als Balkanmacht neu erfinden. So entstand 1867 K & K, die eigentliche kaiserlich-königliche Doppelmonarchie, die Teilung in zwei verschiedene Machtbereiche, den kaiserlich-österreichischen und den königlich-ungarischen, oder nach dem Grenzfluss Leitha Cisleithanien und Transleithanien, die ein gemeinsames Staatsoberhaupt, einen Außenminister und einen gemeinsamen militärischen Oberbefehl hatten, aber getrennte Parlamente und Regierungen. In Cisleithanien waren die Deutsch-Österreicher führend, aber verschiedene Nationalitäten anerkannt und es gab demokratische Versuche; in Transleithanien bestimmte die adlige ungarische Oberschicht die Politik und erdrückte alle Versuche, gegen die ungarische Vorherrschaft aufzustehen. Der konservative Einfluss der ungarischen Regierung auf den Gesamtstaat war groß. Dieser große Umbau beschäftigte die politische Führung, und es gab keinen starken politischen Druck zur Revanche gegen Preußen.

Napoleon hatte nach 1866 einen Teil seiner politischen Geschicklichkeit verloren. Zum einen hatte er große gesundheitliche Probleme mit Nierensteinen, stand wegen der Schmerzen unter starken Medikamenten und konnte das Wasser nicht mehr halten. Dazu kamen politische Niederlagen wie 1866, aber auch das peinliche Scheitern des mexikanischen Abenteuers 1867. Außerdem erfuhr er durch liberale Reformen, die die Verantwortlichkeit und damit die Abhängigkeit der Regierung von der Abgeordnetenversammlung festlegten, einen gewissen Machtverlust. Er war sich der Überlegenheit Preußens durch seine Militärreform bewusst und legte deshalb 1868 einen entsprechenden Reformplan für Frankreich vor mit der Ausschöpfung der allgemeinen Wehrpflicht, der dreijährigen Dienstzeit und verstärkten Rüstungsanstrengungen. Das wurde von der Abgeordnetenversammlung abgelehnt bis auf die Einführung des Chassepotgewehrs, einer modernen Weiterentwicklung des preußischen Zündnadelgewehrs, das dann im Krieg seine Wirksamkeit bewies.

Außerdem hatte Napoleon in Bismarck einen Gegner, der die politische Intrige meisterhaft beherrschte. Bismarck versicherte ihm immer wieder, dass er für Belgien oder mindestens Luxemburg als Kompensation für Frankreich sei, aber die anderen Mächte müssten davon noch überzeugt werden. Gleichzeitig warnte er die anderen Mächte vor französischen Ansprüchen. Er brachte die süddeutschen Staaten dazu, mit Preußen ein Defensivbündnis gegen einen französischen Angriff abzuschließen. In England wurden die Ansprüche auf Belgien mit großem Misstrauen gesehen. Bismarck hielt einen Krieg mit Frankreich zur Vollendung der deutschen Einheit für unvermeidlich, aber er musste von Frankreich ausgehen. Er nutzte die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung in Frankreich und der Presse gegen alles, was die französische Führungsrolle in Europa in Frage stellte. Ein Anlass dazu war die mögliche Kandidatur eines süddeutschen katholischen Hohenzollernprinzen als König von Spanien. König Wilhelm war dagegen, der Prinz zog zurück, aber Bismarck brachte den spanischen General Prim dazu, die Krone noch einmal Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen anzubieten. Das führte in Frankreich zu einem Sturm der Entrüstung. Der Außenminister Herzog von Gramont erklärte vor dem Parlament: *Frankreich würde nicht dulden, dass der Prinz von Hohenzollern oder sonst irgendein preußischer Prinz den spanischen Thron besteigt. Um diesen möglichen Fall zu verhindern, zählt die Regierung zugleich auf die Klugheit des deutschen Volkes und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Sollte es jedoch anders kommen, so wüssten wir kraft Ihrer (der Abgeordneten) Unterstützung und derjenigen der Nation ohne Zögern und ohne Schwäche unsere Pflicht zu tun.*

Mit der Erinnerung an die deutsch-spanische Umklammerung unter Karl V. wurde bewusst verwischt, dass der Hohenzoller nicht der preußische König und kein preußischer Prinz war, sondern ein weit entfernter süddeutscher Verwandter, dass ein verfassungsmäßiger spanischer König sehr wenig zu sagen hatte. Frankreich drohte unverhohlen mit Krieg. König Wilhelm, der zur Kur in Bad Ems weilte, wurde dort vom französischen Gesandten Benedetti angesprochen. Der König erklärte ihm, er sei gegen die Kandidatur und teilte ihm am nächsten Tag mit, dass die Kandidatur zurückgezogen sei. Auf Anweisung des Außenministers Gramont, der Festigkeit zeigen wollte, verlangte Benedetti vom König noch die Erklärung, dass eine solche Kandidatur grundsätzlich nicht in Frage käme. Auch die gab ihm der König und ließ von seinem Adjutanten ein Telegramm an Bismarck aufsetzen und über diese Audienzen berichten. Bismarck brauchte „ein rothes Tuch für den gallischen Stier“, kürzte das Telegramm so zusammen, dass es den Eindruck erweckte, der König habe das Gespräch abgebrochen und den Gesandten stehen lassen, und gab diese Fassung an die Presse und nach Paris weiter. Das führte zu einem Sturm der Entrüstung und gegen den Willen Napoleons mit einer Mehrheitserklärung in der Kammer zur Kriegserklärung an Preußen. Die französische Öffentlichkeit war sich der Überlegenheit ihrer Waffen sicher, rechnete ohne diplomatische Vorbereitung mit einer österreichischen Beteiligung und hielt die süddeutschen Staaten für freundlich-neutral.

Tatsächlich blieb Österreich neutral, und die süddeutschen Staaten hatten im Fall eines französischen Angriffs ein Defensivbündnis mit Preußen. Die preußisch-deutsche Mobilmachung war schneller und präziser als die französische, an die erste Feindberührung südlich von Wissembourg am 4. August erinnern verschiedene Denkmäler auf dem Schlachtfeld. Die französischen Truppen wurden in mehreren blutigen Schlachten im Elsass (Wörth, Spichern, Nuits, Gravelotte) zurückgedrängt. Die Hauptarmee unter Bazaine wurde in Metz eingeschlossen. Die Entsatzarmee unter MacMahon ließ sich nach Sedan abdrängen und wurde dort eingekesselt. Napoleon war von der Pariser Regierung an die Front geschickt worden, trug aber nicht die militärische Verantwortung. Doch als er die aussichtslose Lage der Armee MacMahon sah, kapitulierte er, um weiteres unnötiges Blutvergießen zu verhindern, am 2. September und ging in preußische Kriegsgefangenschaft nach Kassel-Wilhelmshöhe. Als die Nachricht Paris erreichte, wurde am 4. September das Kaiserreich gestürzt und die provisorische Republik ausgerufen. Die wollte weiter kämpfen, obwohl nach Sedan auch Bazaine in Metz kapituliert hatte. Um das Ende des Krieges zu erzwingen, rückten die preußischen und deutschen Truppen weiter vor und begannen mit der Belagerung von Paris. Das preußische Hauptquartier wurde im Schloss von Versailles untergebracht.

*Kaiser-
proklamation
Versailles
18. Januar 1871*

*Relief vom
Kaiserdenkmal
In Karlsruhe*



Bismarck wollte den Sieg und die Waffenbrüderschaft benutzen, um die süddeutschen Staaten zum Anschluss an den Norddeutschen Bund zu bewegen. Das Haupthindernis dabei war Bayern. Der unwillige bayrische König Ludwig II. war aber durch seine Bauwut stark verschuldet, und Bismarck brachte ihn durch Zuwendungen aus dem „Welfenfonds“ dazu, dass er in einem Brief den Beitritt anbot und König Wilhelm zur Annahme des Kaisertitels aufforderte. Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten (über Sonderrechte) wurde im November/Dezember 1870 in Versailles abgeschlossen, und als alles geklärt war, konnte am 18. Januar 1871 das neue Kaiserreich ausgerufen werden, und zwar im preußischen Hauptquartier im Spiegelsaal von Versailles. Der höchste anwesende Fürst, Großherzog Friedrich von Baden, brachte das erste Hoch auf den neuen Kaiser aus, die meisten Anwesenden waren preußische Generale. Es war eine improvisierte Veranstaltung, wird aber in Frankreich bis heute als bewusste Provokation betrachtet.

Der Frieden von Frankfurt und Elsass-Lothringen

In Europa war Frankreich als der wahrscheinliche Sieger angesehen worden, und die Bestürzung über die schnelle französische Niederlage war groß. Bismarck drängte auf einen baldigen Abschluss, bevor die Staatengemeinschaft zugunsten von Frankreich intervenierte. Sein Verhandlungspartner war Adolphe Thiers, der an die Regierung gekommen war, nachdem die jungen Republikaner Gambetta und Ferry mit ihrer *levée en masse* gescheitert waren. Im Februar wurde eine neue Abgeordnetenversammlung gewählt, und sie war bereit, in ihrer Mehrheit mit Thiers die harten Friedensbedingungen zu akzeptieren, insbesondere die Abtretung von Elsass-Lothringen. Thiers stand unter Druck, weil in Paris die sozialistische Commune die Macht übernommen hatte. Nachdem der Frieden angenommen war, schauten die Deutschen zu, wie französische Regierungstruppen im „blutigen Mai“ 1871 in die Hauptstadt eindrangen und die Bewegung niederschlugen. Es wurden 30 000 Kommunisten erschossen und weitere 40 000 verhaftet und deportiert. So konnte Thiers dann in seine Hauptstadt einziehen.

Bismarck macht sich in seinen Erinnerungen über die Deutschnationalen lustig, die das Elsass zurück haben wollten, weil es „deutsch“ war, und ebenso über die Militärs, die Lothringen als Aufmarschgebiet für den nächsten Krieg haben wollten, aber er gab beiden nach. So kam es ohne Volksabstimmung und gegen die Stimmen der im Februar gewählten Abgeordneten des Elsass zur Abtretung. Elsass-Lothringen wurde zum „Reichsland“, die neuen Bürger waren damit Bürger zweiter Klasse, weil sie in einer extrem föderalen Verfassung keine Landesregierung und keinen Landesherrn hatten und von Berlin aus verwaltet wurden. Dazu hatte das Militär sich hier im Grenzland Sonderrechte gesichert, und die preußische „Besatzung“ betrachtete die elsässischen „Wackes“ als unzuverlässige Zeitgenossen und potentielle Landesverräter. Alles Französische wurde verboten und verfolgt. Diese negativen Aspekte haben vergessen lassen, dass Straßburg in der deutschen Zeit eine Großstadt mit vorbildlichen Sozialeinrichtungen wurde, dass die „Reichsuniversität Straßburg“ einen hohen Rang hatte und Straßburg wie Mühlhausen wichtige Industriestandorte wurden. Bismarck hatte gegen Österreich auf einen schnellen und erträglichen Frieden gedrängt, um bleibende und tiefe Verletzungen zu vermeiden. Gegen Frankreich gab er sich diese Mühe nicht. Politisch wollte er nach 1871 ein Europa, in dem Frankreich keine Rolle spielte, sondern die Mächte sich auf Deutschland als den „ehrlichen Makler“ verlassen.

Die „Dritte Republik“ in Frankreich war zuerst mehrheitlich monarchisch und wollte die Restauration der Bourbonen, erst seit 1875 gab es eine republikanische Mehrheit. Frankreich fühlte sich von Deutschland gedemütigt und wollte Revanche, sah aber gleichzeitig, dass es dazu militärisch zu schwach war. Die deutsche Politik nach 1871 ebenso wie Elsass-Lothringen trugen nicht dazu bei, das Verhältnis zu entkrampfen, und für einen französischen Politiker war es der Karriere nicht förderlich, wenn er sich für eine Verständigung mit Deutschland einsetzte.

Russland

Mitten im Krimkrieg starb 1855 Zar Nikolaus I., dessen dreißigjährige Regierungszeit eine anti-reformerische autokratische Eiszeit mit Interventionen und Interventionsdrohungen in Westeuropa gewesen war. Sein Sohn und Nachfolger Alexander II. beendete den Krimkrieg und begann mit den „Großen Reformen“, zuerst der Bauernbefreiung. Der grundbesitzende Adel war dagegen, die Bauern mussten das Land kaufen, auf dem sie lebten und arbeiteten, der Staat streckte ihnen das Geld vor, aber ihre Grundherren legten sie herein und bereicherten sich daran. Die Bauern waren also mit ihrer Befreiung unzufrieden, und bei den jungen Adligen bildete sich eine Schicht von „Nihilisten“, die sich vom Zaren und vom Staat betrogen fühlten und den völligen Umsturz wollten. Zar Alexander fiel 1881 einem ihrer Attentate zum Opfer, nicht dem ersten. Die Zeit Alexanders ist auch die der großen Romanautoren Turgenjew, Dostojewski und Tolstoj. Zur Bauernbefreiung kam eine Gerichtsreform, eine Wehrdienstreform, eine Heeresreform (nach deutschem Muster), eine wenigstens teilweise Judenemanzipation, und Alexander hatte auf dem Schreibtisch den Erlass für eine Verfassung, als er 1881 ermordet wurde.

Alexander gilt als „Zar-Befreier“, einmal wegen der Bauernbefreiung, aber auch, weil er sich für die Befreiung der orthodoxen Christen vom türkischen Joch, vor allem in Bulgarien einsetzte und damit 1877 fast einen großen Krieg auslöste. Seine Reformen führten 1863 in Polen zu einem Aufstand, den er niederschlagen ließ. Weil Preußen ihn dabei durch die Schließung der Grenze unterstützte, stellte er sich 1866 hinter Preußen und drohte 1870 Österreich mit einer Intervention. In Mittelasien erweiterte Russland sein Territorium beträchtlich, etwa 1873 durch die Eroberung der Oase Chiwa (in Usbekistan). Panslawismus und Kontinentalimperialismus bestimmten also auch schon unter Alexander die Stoßrichtung der russischen Politik. Das bedeutete ein stärkeres Engagement auf dem Balkan und mehr Rivalität zu Österreich, das sich ja seit 1867 auch dorthin umorientierte, und im mittleren Osten bahnte sich ein Zusammenstoß zwischen dem russischen Vordringen und dem britischen Interesse in Afghanistan an (erster Krieg 1839-1842, zweiter 1878-1880), *the Great Game*. Bei den Belastungen, mit denen Russland durch die Reformen und diese Aktivitäten umgehen musste, war die Zurückhaltung in Europa verständlich.

Großbritannien

Das Vereinigte Königreich erlebte 1857 in Indien eine schwere Krise, den großen Aufstand für Unabhängigkeit, in England *the Big Mutiny*, die große Meuterei. Sie wurde brutal niedergeschlagen, aber die britische Regierung löste die *East India Company* auf und übernahm direkt die Verantwortung. Das Land wurde weiter von englischen Beamten regiert. Eine kritische Baustelle war Ägypten, das Nadelöhr für die britische Verbindung nach Indien, dessen Vizekönig aber ein Schützling von Frankreich war, der 1854 dem französischen Ingenieur Ferdinand de Lesseps die Konzession für einen Kanalbau erteilte. Mit Unterstützung durch Napoleon III. und französischem Aktienkapital wurde der Kanal gebaut und 1869 in Anwesenheit des französischen Kaiserpaars eingeweiht. Neu war der Wettlauf um Afrika, zunächst noch mit Missionaren wie Livingstone und Forschern wie Stanley, deren Zusammentreffen am Tanganjika-Fluss 1871 Legende ist. Aber den Missionaren folgten Missionsstationen, und den Forschern Kaufleute und Handelsniederlassungen.

Gleichzeitig war Großbritannien die fortgeschrittenste Industriemacht, die meisten Lokomotiven und Dampfmaschinen kamen von dort, und die Produkte aus anderen Staaten waren oft schlechte Kopien. So formulierte ein Preisrichter 1876 auf der Weltausstellung in Philadelphia: *Deutsche Waren sind billig und schlecht*. Der württembergische Ingenieur Max Eyth beschreibt in *Hinter Pflug und Schraubstock* das Wettpflügen zwischen einem britischen und einem (von ihm geführten und siegreichen) deutschen Dampfpflug. Die weitreichenden Handelsverbindungen unterstrichen und verstärkten diese britische Position.

1848 hob das britische Parlament die Bestimmung auf, dass Juden nicht ins Parlament gewählt werden durften, und Benjamin Disraeli wurde ins Unterhaus gewählt und ein Führer der neu for-

mierten Konservativen. Als Schatzkanzler unter Lord Derby setzte er 1866 eine weitgehende Wahlrechtsreform durch, und 1868 wurde er Premierminister. Nach einer Neuwahl wurde der Liberale William Gladstone sein Nachfolger, und von 1874 bis 1880 noch einmal Disraeli. Er gilt als imperialistischer Weltpolitiker und machte Königin Victoria 1876 zur „Empress of India“.

So beobachtete Großbritannien die Vorgänge auf dem Kontinent, hielt sich aber mit einem Engagement zurück. 1865 billigte der liberale Premierminister Palmerston kurz vor seinem Tod sogar die preußische Übernahme von Schleswig-Holstein, denn Dänemark war ein Verbündeter Napoleons gewesen, Preußen jedoch der Waffengefährte von Waterloo. Aber die Annexion Hannovers, das ja so lange in Personalunion mit Großbritannien gestanden hatte, erregte natürlich Ärger. Außerdem sah man klar, dass sich mit der deutschen Einheit das europäische Gleichgewicht erheblich verändern würde. Aber die Einweihung des Suezkanals lag 1870 erst ein Jahr zurück, und Bismarck beeilte sich, der europäischen Welt und vor allem Großbritannien zu versichern, dass das neue Reich „saturiert“ sei und keine weiteren Ambitionen hege.

Die USA

Die USA litten seit ihrer Gründung an dem Widerspruch zwischen den Menschenrechten und der vor allem in den Südstaaten üblichen Negersklaverei, auf den schon der französische Marquis de Lafayette hingewiesen hatte. Die ersten Präsidenten waren Farmer und damit Sklavenbesitzer aus Virginia. Aber die nördlichen Staaten waren weniger durch diesen agrarischen Großgrundbesitz bestimmt, und dort entwickelten sich Industrie und Eisenbahn schneller, der Bedarf an Arbeitskräften wuchs, es gab keine Sklaverei, und aus dem Süden geflohene Schwarze fanden dort Aufnahme und Arbeit. Dazu kam, dass die nördlichen Staaten für hohe Schutzzölle waren, um ihre Produkte gegenüber der britischen Konkurrenz wettbewerbsfähig zu halten, während der Süden wegen der Exportabhängigkeit vor allem bei Baumwolle den Freihandel forderte. Es kam zu Spannungen zwischen den nördlichen und den Südstaaten, und 1854 wurde im Norden die Partei der Republikaner gegründet, deren erklärtes Ziel das Verbot der Sklaverei in der ganzen Union war. 1860 wurde ihr Kandidat Abraham Lincoln zum Präsidenten gewählt. Darauf traten 14 Südstaaten aus der Union aus, als erster South Carolina noch vor der Amtseinführung im Dezember 1860. Sie bildeten Anfang 1861 die *Confederated States of America* und wählten Jefferson Davis am 9. Februar 1861 zu ihrem Präsidenten. Lincoln erklärte, sein Amtseid verpflichtete ihn, für die Erhaltung der Union einzutreten. Den Ausbruch des Krieges (am 12. April) erklärte er später so: *Beide Parteien missbilligten den Krieg, aber eine von ihnen war eher bereit, Krieg zu führen, als die Nation überleben zu lassen, und die andere war eher bereit, den Krieg zu akzeptieren, als die Nation untergehen zu lassen. Und der Krieg kam.*

Lincoln wurde 1864 von den Unionsstaaten wiedergewählt, fiel aber kurz nach der Amtseinführung am 15. April 1865 einem Attentat zum Opfer. Zu der Zeit war der blutige und zerstörerische Sezessionskrieg schon für die Nordstaaten entschieden. General Lee kapitulierte am 8. April. Die Südstaaten wurden besetzt, die Neger befreit, und in einer langen Phase der *reconstruction* wurde schrittweise die Selbstständigkeit der Staaten wieder hergestellt, aber erst nach Jahren. Der siegreiche Oberbefehlshaber der Nordstaaten Ulysses Grant wurde 1868 Präsident. Erst 1884 wurde mit Grover Cleveland wieder ein Demokrat Präsident. Der Sezessionskrieg hat tiefe Gräben aufgerissen, die Integration der Schwarzen ist nicht gelungen, und noch bis nach dem zweiten Weltkrieg galten in den Südstaaten in Bussen und in Schulen Einschränkungen für Schwarze. Der Krieg hat auch die wirtschaftliche Entwicklung der USA behindert und zurückgeworfen.

Der Roman *Onkel Toms Hütte* von Harriet Beecher Stowe 1852 schilderte die Schicksale von rechtlosen Negersklaven und beeinflusste die öffentliche Meinung in den Nordstaaten und weltweit für die Sklavenbefreiung. Dagegen malte *Vom Winde verweht* von Margaret Mitchell von 1936 die untergegangene aristokratische Welt der Südstaatenpflanzler aus.

Europäische Geschichte im 19. Jahrhundert VI: Die Zeit des Imperialismus 1875 - 1900

Mittwoch, 11. 3. 2015

Der Wettlauf nach Afrika. Die Kongokonferenz Berlin 1885.

Mittwoch, 18. 3. 2015

England und Frankreich. Faschoda und Delcassé.

Mittwoch, 25. 3. 2015

Deutsches Reich: Kolonien und Weltmachtpolitik. Türkei.

Mittwoch, 15. 3. 2015

Russland: Kontinentalimperialismus, Transsib, Panslawismus und Orthodoxie

Mittwoch, 22. 3. 2015

Die USA nach dem Sezessionskrieg: Westküste, Eisenbahnbau, Indianer.

Auseinandersetzung mit Spanien.

Die Erforschung Afrikas

Die Umriss von Afrika wurden im ausgehenden Mittelalter entdeckt, als die Portugiesen unter Heinrich dem Seefahrer (1394 – 1460) den Seeweg nach Indien erkundeten und dabei Stützpunkte anlegten, Guinea-Bissau, Kapverdische Inseln, Angola, Mozambique. Ihnen folgten die Niederländer, die in der Mitte des 17. Jahrhunderts den Oranje-Freistaat und Transvaal besiedelten. Dazu kamen die oft muslimischen Sklavenhändler, die Einwohner aus dem Inneren Afrikas entführten und an die großen Sklavenhändler, meist Engländer, verkauften, oft über die Insel Gorée, die heute zum Senegal gehört. Abnehmer waren vor allem die USA und die spanischen Kolonien in Südamerika. Aber das Innere Schwarzafrikas blieb lange unbekannt und unentdeckt. Das änderte sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Engländer David Livingstone (1813 bis 1873) startete 1849 mit seinen ersten Forschungsreisen ins Betschuana-Land, in die Wüste Kalahari, Sambesi, Malawi, Victoriafälle, den Tanganjikasee. Er war als Entdeckungsreisender populär, seine *Missionsreisen und Forschungen in Südafrika* erschienen bereits 1858 auf deutsche (in zwei Bänden Leipzig). Livingstone war eigentlich Missionar, hatte aber Kenntnisse in Medizin, lebte lange Jahre mit den Eingeborenen und galt zeitweilig für verschollen. Sein Zusammentreffen 1871 mit dem jüngeren Henry Morton Stanley, der eine Expedition unternommen hatte, um ihn aufzuspüren, gehört zur Entdeckerfolklore.

Aber es gab auch deutsche Forscher, so Eduard Schnitzer (1840 – 1892) aus Oberschlesien, der nach dem Studium der Medizin in die osmanische Türkei ging, wo er in der Verwaltung und im medizinischen Dienst arbeitete und zum Islam übertrat (Enim Pascha). Von dort aus trat er in den Dienst des Vizekönigs von Ägypten und unternahm Forschungsreisen in den südlichen Sudan. Er wurde Gouverneur der Provinz Äquatoria und kämpfte unter anderem gegen die Sklavenhändler. Durch den Aufstand des Mahdi seit 1881 war er abgeschnitten und wich deshalb nach Uganda aus. Er galt als verschollen, und verschiedene Expeditionen wurden ausgerüstet, um ihn zu suchen, so Stanley oder der Deutsche von Wissmann. Aber er lebte und forschte weiter, vor allem auch sprachwissenschaftlich. 1892 wurde er in der Nähe des Viktoria-Sees von Sklavenhändlern getötet. Seit 1878 wurden seine Reise- und Expeditionsberichte in Deutschland gedruckt. Ein anderer Forscher war Gustav Nachtigal (1834 – 1885) aus der Altmark. Er studierte Medizin und wurde Militärarzt in Köln. Wegen einer Tb-Erkrankung ging er 1863 nach Tunesien und wurde Leibarzt des Bey von Tunis. Von dort aus brach er 1869 zu einer großen Expedition in das westliche Afrika auf, ins Tibesti-Gebirge in den heutigen Tschad und nach Nigeria. Über Khartum und Ägypten kehrte er 1875 nach Deutschland zurück. Nachtigal war wie Schnitzer ein sehr genauer Beobachter und frei von europazentrischer Überheblichkeit, und seine Reise- und Forschungsberichte hatten großen Erfolg. 1884 wurde er von der Politik in Anspruch genommen als Reichskommissar für Togo, Kamerun und die Lüderitzbucht. Er starb 1885 auf der Rückreise.



Deutscher Kolonialatlas mit Jahrbuch 1906, Dietrich Reimer Berlin 1907, Karte 1

Bismarck ärgerte sich 1884 über die Überheblichkeit der Engländer, die Afrika als ihr naturgegebenes Reservat betrachteten und die anderen Staaten ausschließen wollten. Deshalb nahm er 1884 plötzlich die drei Gebiete als deutsche Kolonien an und schloss sich mit dem bisherigen Gegner Frankreich (Jules Ferry) kurz. Ernst Engelberg, Bismarck, Band 2, S. 375:

...Außerdem hatte sich Deutschland bereits im April 1884 dem französischen Protest gegen den englisch-portugiesischen Vertrag angeschlossen, der faktisch die Kongomündung an England auslieferte und früher oder später auch die vom belgischen König Leopold II. errichtete Kongokolonie unter englischen Einfluss gebracht hätte. Vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 fand in Berlin die Kongokonferenz statt, zu der Deutschland und Frankreich ohne vorherige Verständigung mit der Kolonialmacht England eingeladen hatten. Das war der Höhepunkt der deutsch-französischen Kolonialentente. Auf dieser bislang größten Kolonialkonferenz waren vierzehn vornehmlich europä-

ische Staaten und die USA vertreten. Wie 1878 wurde Bismarck zum Präsidenten gewählt, führte jedoch den Vorsitz nur in der Eröffnungs- und Schlussitzung, ansonsten agierte ein Mitglied des Auswärtigen Amtes. Dabei spielten protokollarische Überlegungen hinein: auf einem Kongress wie 1878 waren zumeist Ministerpräsidenten anwesend, auf der Konferenz von 1885 nur zweit- oder gar drittrangige Vertreter der verschiedenen Staaten.

Die Berliner Kongokonferenz wies Englands Anspruch auf eine Monopolstellung in Westafrika zurück: sie bestätigte vielmehr die Zollfreiheit des Handels in dieser Region, die Freiheit der Schifffahrt auf Kongo und Niger und führte zur internationalen Anerkennung des belgischen Kongostaates.

Eines der merkwürdigsten Ergebnisse der Kongo-Konferenz war die Bestätigung einer Privatkolonie für den belgischen König Leopold II. Der König war an den Entdeckungen interessiert und organisierte seit 1876 über eine internationale Entdeckungsgesellschaft Expeditionen ins Kongo-becken, unter anderem mit Stanley, der Leopoldville (heute Kinshasa) und Stanleyville (heute Kisangani) gründete. Die Konferenz akzeptierte den Kongo-Freistaat als Privatkolonie des Königs. Die Administration des Kongo lief von Anfang an auf eine rücksichtslose Ausbeutung hinaus. Die Bevölkerung sank bis 1920 auf die Hälfte, der Kautschuk wurde zum Hauptexportartikel. Joseph Conrad, der 1890 dort als Kapitän eines Flussschiffs arbeitete, hat die Ausbeutungsmethoden in seinem 1899 erschienen *Heart of Darkness* (*Herz der Finsternis*) geschildert.

England: Kap – Kairo - Kalkutta

Die Engländer hatten seit der Zeit Napoleons am Horn von Afrika eine Kapkolonie mit Kapstadt als Hauptort, aber östlich davon lagen die unabhängigen Burenkolonien Transvaal und Oranje. Die Ausdehnung nach Norden geht auf Cecil Rhodes (1853 – 1902) zurück, der seit 1870 in Südafrika war und mit Diamanten viel Geld machte. Die heutige De Beers wurde von ihm gegründet. 1881 wurde er Parlamentsmitglied in der Kapkolonie und übernahm das Betschuanaland (heute Botswana), und 1889 erhielt er vom Mutterland den Freibrief für die Ausdehnung nach Norden. Rhodes brachte das heutige Simbabwe und das heutige Sambia unter Kontrolle der Kapkolonie, deren Premierminister er 1890 wurde. 1895 unterstützte er wohl den *Jameson Raid*, einen privaten Überfall einer britischen Einheit auf Transvaal, der zurückgeschlagen wurde und zu dem berühmten Krügerelegramm des Kaisers führte. Danach musste er als Premierminister zurücktreten und kümmerte sich um Rhodesien. Sein Plan war eine Eisenbahn der afrikanischen Ostküste entlang nach Kairo. Großbritannien hatte 1875 die Suezkanalaktien des Vizekönigs übernommen und nahm immer mehr Einfluss. 1882 wurde Ägypten von britischen Truppen besetzt. 1892 wurde Herbert Kitchener Oberbefehlshaber der britisch-ägyptischen Armee, und von 1896 bis 1899 besiegte er den Mahdi im Sudan und machte den Sudan zu einem britisch-ägyptischen Kondominium.

Zwei britische imperiale Schlachtrösser: Roberts und Kitchener

Frederick Roberts (1832 – 1914) stieg in der britisch-indischen Armee vom Leutnant zum General auf. 1879 wurde er der Oberbefehlshaber der Armee, die Afghanistan erobern sollte. Er zog nach Kabul und setzte dort für den unbotmäßigen Emir Sher Ali (der hatte eine russische Gesandtschaft in Kabul zugelassen) dessen Neffen Abdur Rahman ein. 1880 wurde die Heeresabteilung in Kandahar von aufständischen Afghanen in der Schlacht von Maiwand besiegt (bei der Dr. Watson, wie Sherlock Holmes bei ihrer ersten Begegnung scharfsinnig deduziert, verwundet wurde), und General Roberts führte seine Truppen in Eilmärschen nach Kandahar, um die Belagerten zu befreien. Dafür erhielt er den Titel Lord Roberts of Kandahar (über einen kanadischen Skiclub, der den Namen des Lords trug, kam der Name ins Skirennen). Trotzdem gelang die Unterwerfung Afghanistans nicht. Der neue Emir musste die Durand-Linie akzeptieren, die bis heute das Stammesgebiet der Pashtunen zwischen Afghanistan und Pakistan durchschneidet), aber er ließ sich nicht von den Briten hineinregieren. Lord Roberts wurde 1885 Oberbefehlshaber der britisch-indischen Armee und schlug 1886 einen Aufstand in Burma nieder. 1895 wurde er Oberbefehlshaber der Britischen Truppen in Irland. 1899 übernahm er den Oberbefehl im Burenkrieg, konnte die Buren schlagen und Bloemfontein und Pretoria einnehmen. Die beiden Burenprovinzen wurden zu Teilen der Südafrika-Kolonie erklärt, und der Krieg schien beendet. Roberts kehrte nach England zurück und wurde Oberbefehlshaber der gesamten britischen Armee. Er vertrat eine verstärkte Rüstung in Indien, um dort die Konfrontation mit den Russen zu suchen und so *the great game* für Großbritannien zu entscheiden.

Horatio H. Kitchener (1850 – 1916) stammte aus einer Offiziersfamilie und wählte die militärische Laufbahn. Am 1870er-Krieg nahm er als (freiwilliger) Offiziersanwärter auf der französischen Seite teil. Er ging danach zum Ingenieurkorps und führte 1874 – 1878 als Offizier die topographische Erfassung und Vermessung Palästinas durch. Dabei lernte er auch arabisch. 1880 – 1882 leitete er die Vermessung von Zypern (1878 vom Osmanischen Reich gepachtet). Nach der Unterwerfung Ägyptens trat er 1885 als Offizier in die neue britisch-ägyptische Armee ein. Er nahm dabei auch geheimdienstliche Aufgaben wahr. 1886 wurde er Generalgouverneur der südlichen Provinz an der Grenze zum Sudan, der seit 1881 von Mohammed Ahmad regiert wurde, der sich selber zum Mahdi erklärt hatte, dem rechtmäßigen Nachfolger des Propheten. Er wollte die islamische Welt von der Kolonialherrschaft befreien. Kitchener hatte kleinere militärische Auseinandersetzungen mit den Mahdisten, ging dann nach England und arbeitete seit 1889 an der Reorganisation der britisch-ägyptischen Armee. 1892 wurde er ihr Oberbefehlshaber („Sirdar“). Er gewöhnte die Truppen an Scharmützel mit den Mahdisten, drängte sie langsam nach Süden ab, und am 2. September 1898 konnte er sie in der Schlacht von Ondurman entscheidend schlagen. Das von den Mahdisten zerstörte Khartoum ließ er wieder aufbauen und an die ägyptische Eisenbahn anschließen, und der Sudan wurde britisch-ägyptisch. Nach der Schlacht erhielt er die Meldung von der französischen Flaggenhissung in Faschoda und fuhr mit einem Dampfboot zu Verhandlungen mit dem französischen Offizier Marchand, der sich nach einigen Monaten zurückzog. Dafür wurde Kitchener Lord Kitchener of Khartoum. 1899 wurde er Stabschef von Roberts im Burenkrieg, und als der nach dem Abgang Roberts' 1900 wieder aufflammte, wurde er Oberbefehlshaber. Gegen die Guerilla-Taktik der Buren setzte er die Vernichtung der Infrastruktur, die Zusammenfassung der Zivilbevölkerung in Konzentrationslagern und eine kompromisslose Kriegsführung, und 1902 mussten die Buren kapitulieren und sich fügen. Dafür wurde Kitchener in England Viscount. Von 1902 bis 1909 war er Oberbefehlshaber in Indien, stürzte den Vizekönig Lord Curzon und setzte eine grundlegende Reform der britisch-indischen Armee durch. 1910 wurde er Feldmarschall und 1914 Earl. Kitchener war ein äußerst erfolgreicher Offizier in verschiedenen kolonialen Auseinandersetzungen, der für die Konzeption Kap – Kairo – Kalkutta Wesentliches geleistet hat. Aber er hatte auch das fast mythische Vertrauen des Volkes. Deshalb ernannte in Premierminister Asquith bei Kriegsbeginn zum Kriegsminister. Kitchener sagte klar voraus, dass der Krieg vier Jahre dauern und ungeheure Anstrengungen erfordern würde. Mit der ihm eigenen Energie baute er die Armee um, warb zuerst für Freiwillige, setzte aber dann die allgemeine Wehrpflicht durch. Kitchener ist sozusagen die Verkörperung des Wehrwillens der Briten im Ersten Weltkrieg.



Frankreich in Afrika

Frankreich war in Algerien seit 1830 engagiert und hatte den einheimischen Führer Abd el-Kader in einem bis 1847 dauernden Krieg niedergeworfen. Algerien wurde eine Siedlungskolonie, französische Großbauern erhielten die besten Böden, die einheimische Bevölkerung wurde zurückgedrängt. Algerien wurde in drei Départements eingeteilt, im *Code de l'indigénat* 1875 waren die französischen Siedler auch französische Bürger, die Algerier nur *sujets*. 1881 eroberten französische Truppen Tunesien und machten es zum französischen Protektorat. Marokko hätte Frankreich auch gerne abhängig gemacht, aber es gab internationale Abkommen, dass es allen Ländern gleich offenstehen sollte. Die Küste des Senegal mit Dakar war seit 1848 französisch, 1891 wurde der Senegal in den heutigen Grenzen französische Kolonie. 1895 wurde die *Afrique occidentale française* mit dem Hauptort Dakar gegründet, die Föderation der französischen Kolonien in Westafrika, mit neun Territorien (Niger, Senegal, Mauretanien, Mali, Französisch Guinea, Benin, Elfenbeinküste, Burkina Faso). Dazu kam der französische Kongo, Kongo-Brazzaville, der 1883 von Pierre Savorgnan de Brazza gegründet worden war. Frankreich war also in Nordafrika, in Westafrika und in der Sahara sehr stark engagiert. Théophile Delcassé (1852 – 1923) wurde 1893 Staats-

sekretär für koloniale Angelegenheiten und machte 1894 daraus ein eigenes Kolonialministerium. Auf ihn geht die Intensivierung der Kolonialpolitik zurück, die Gründung der *Afrique occidentale française* 1895 und die Verstärkung der französischen Flotte.

Delcassé wurde 1898 Außenminister und hielt sich unter verschiedenen Regierungen bis 1906. Seine erste Bewährungsprobe war die Faschoda-Krise. Der französische Hauptmann Jean-Baptiste Marchand erreichte von Brazzaville aus mit 12 französischen Offizieren und 120 *tireurs sénégalais* vom Westen her am 10. Juli 1898 den Ort Faschoda am Nil im Südsudan und zog dort die französische Fahne auf, der übliche Weg der Inbesitznahme. Das war von Frankreich aus konsequent, aber störte natürlich die britischen Pläne. Kitchener besiegte am 2. September die Mahdisten in der Schlacht von Omdurman entscheidend. Danach widmete er sich der neuen Lage und fuhr mit einem Kanonenboot nach Faschoda. Dort forderte er am 18. September die Franzosen auf, das kleine Fort zu räumen, das sie sich inzwischen gebaut hatten. Marchand wollte sich aber ohne eine Genehmigung seiner Regierung nicht zurückziehen.



In Frankreich war die Stimmung gegen ein Nachgeben, aber Delcassé als neuer Außenminister wollte keinen Krieg mit Großbritannien und hielt ein besseres Verhältnis zu dieser Weltmacht für wichtiger als Faschoda. Er setzte durch, dass sich Marchand mit seiner Einheit zurückzog. Im Sudanvertrag vom März 1899 wurden die kolonialen Ansprüche der beiden Staaten abgegrenzt und der Sudan zur eindeutig britischen Interessensphäre. Dieses französische Zurückweichen wurde die Voraussetzung für die britisch-französische Annäherung, die im April 1904 zum Abschluss der *Entente cordiale* und 1907 zum britisch-russischen Ausgleich führte. Damit wendete sich die große Politik wieder nach Europa zurück.

Zeitgenössische, in der britischen Zeitschrift Punch veröffentlichte Karikatur zur Entente cordiale: John Bull, eine nationale Personifikation Großbritanniens, führt Marianne, die nationale Personifikation Frankreichs, am Arm, während ein Offizier mit den Zügen Kaiser Wilhelms II. dies mit verächtlichem Blick quittiert.

Mit englischer Duldung verstärkte Frankreich den Druck auf Marokko, aber Deutschland bestand auf dem freien Zugang für alle Mächte und zur Bekräftigung seiner Ansprüche schickte der Reichskanzler von Bülow ein Kriegsschiff mit Kaiser Wilhelm an Bord, der am 31. März 1905 in Tanger zu einem Staatsbesuch an Land ging und in seinen Reden die Souveränität Marokkos, den freien Zugang und die Verteidigung der deutschen Interessen betonte. Auf der internationalen Konferenz von Algeiras Anfang 1906 wurde zwar die allgemeine Handelsfreiheit und die Souveränität Marokkos formell anerkannt, aber gleichzeitig erhielt Frankreich das Recht zur weiteren Einmischung, und die internationale Isolation Deutschlands wurde deutlich. 1911 entsandte die deutsche Regierung das Kanonenboot Panther nach Agadir, um die deutschen Ansprüche weiter zu betonen (*zweite Marokkokrise oder der Panthersprung von Agadir*), aber Deutschland war damals bereit, das französische Protektorat gegen französische Zugeständnisse anzuerkennen. Der Panthersprung sollte auf diese Verhandlungen Druck ausüben, und im November 1911 wurde das Abkommen abgeschlossen, mit dem Deutschland von Frankreich das an die deutsche Kolonie angrenzende Neukamerun erhielt. Marokko wurde 1912 offiziell französisches Protektorat.

Deutschland in Afrika

Im neuen deutschen Kaiserreich gab es eine rührige Lobby für deutsche Kolonien. Friedrich Fabri, evangelischer Theologe und Leiter der Rheinischen Mission, trat aus sozialpolitischen Gründen für deutsche Siedlungskolonien ein, aber auch allgemein für deutsche Kolonien. In seinem Buch

Braucht Deutschland Kolonien? von 1879 schrieb er:

Es gibt denn doch der tropischen Länder zu viele, als dass England im Stande gewesen wäre, sie bis jetzt sämtlich in Beschlag zu nehmen. Aber es schreitet unaufhaltsam auch in der Richtung solcher Erwerbungen fort, die auch Deutschland einigermaßen zur Eile mahnt. (...Samoa-Inseln ... Neuguinea ... Borneo ... China ...). Durch Kauf wenigstens wäre wohl auch in den Antillen eine oder die andere Insel, heute vielleicht wohlfeil, zu haben. Gewichtiger noch als all die genannten Territorien und Inseln erscheint aber eine Mitbetheiligung Deutschlands an der colonialen Ausbeutung des jetzt sich erschließenden Central-Afrika.

(Zitiert bei Wilfried Westphal: Geschichte der deutschen Kolonien, München 1984, S. 107/108)

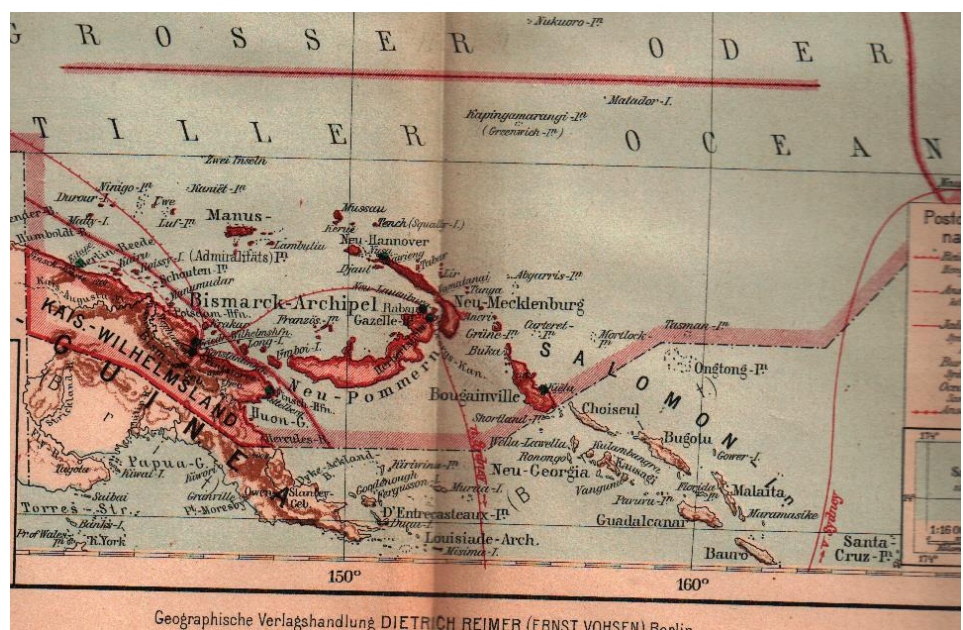
Carl Peters (1856 – 1918) studierte Philosophie und kam in London mit dem britischen Kolonialismus und Weltmachtstreben in Berührung. Nach Deutschland zurückgekehrt gründete er 1884 die deutsche Kolonialgesellschaft und ließ sich von ihr mit dem Ankauf von Land in Ostafrika beauftragen. Carl Peters hat als Rassist und Kolonialherr einen ausgesprochen schlechten Ruf. Bismarck war an Kolonien nicht interessiert und lehnte eine Beteiligung des Reiches oder eine Schutzgarantie für Peters ab. Aber aus Verärgerung über das britische Selbstverständnis und die britischen Ansprüche in Afrika beauftragte er 1884 den angesehenen deutschen Afrikaforscher Gustav Nachtigal (1834 – 1885) mit der offiziellen Besitznahme von drei Gebieten in Westafrika für das Reich. Gemeinsam mit Frankreich berief er die Kongokonferenz ein, die Regeln festlegen und vor allem die englischen Ansprüche einschränken sollte. Damit wurde das Deutsche Reich Kolonialmacht und *global player*, Konkurrent der Weltmächte, und Kaiser Wilhelm II. forderte später folgerichtig für Deutschland *einen Platz an der Sonne*.

Die drei ersten von Nachtigal in Besitz genommenen deutschen Kolonien waren in Westafrika Togo und Kamerun und nahe am Kap das von Adolf Lüderitz privat gegründete Deutsch-Südwestafrika. Dazu kam das von Carl Peters gegründete Ostafrika mit Sansibar und Daressalam, das aber erst 1891 nach einem schweren Araberaufstand vom Reich übernommen wurde. Die Gebiete wurden in Besitz genommen, aber ihre Abgrenzung war noch völlig unklar und musste in den Folgejahren mit den anderen Kolonialmächten ausgehandelt und festgelegt werden, in Togo und Kamerun vor allem mit Frankreich, in Ostafrika mit England. Dazu war die bessere Erforschung des inneren Afrika notwendig, der Zugang zu Bodenschätzen, wirtschaftliche Überlegungen der Kolonialmächte spielten eine Rolle; die Zusammengehörigkeit der Bevölkerung aber keine. Die Probleme heutiger afrikanischer Staaten hängen oft mit diesen willkürlichen kolonialen Grenzen zusammen. Die afrikanischen Völker hatten auch keinerlei Mitspracherecht, ihnen wurde erklärt, sie seien jetzt Untertanen der jeweiligen Kolonialmacht, und wenn sie sich wehrten, wurden ihre „Aufstände“ brutal niedergeschlagen.

Wie schon Fabri gefordert hatte, wurde 1885 im Stillen Ozean ein Teil von Neu-Guinea als Kaiser – Wilhelmsland deutsche Kolonie, dazu die Inseln des Bismarck-Archipels. Der Roman „Imperium“ von Christian Kracht (2012) spielt in Deutsch-Neuguinea.

Nach dem Sturz Bismarcks kamen noch Samoa und die Karolinen und Marianen seit 1899 und die Marshallinseln seit 1906 dazu.

In China sicherte sich Deutschland seit 1897 den Hafen und die Bucht von Kiautschou.



Aufstände gegen die deutschen Kolonialherren (Wikipedia)

Aufstand	Kolonie	Zeitraum	Schlachten
Sokehs-Aufstand	Deutsch-Neuguinea	1910–1911	
Araber-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1888–1890	
Chagga-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1891–1892	
Hehe-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1891–1894	Gefecht bei Lula-Rugaro
Nyamwezi-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1892–1893	
Maji-Maji-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1905–1907	Schlacht bei Mahenge
Mau-Aufstand	Deutsch-Samoa	1908–1909	
Witbooi-Aufstand ^[1]	Deutsch-Südwestafrika	1893–1894	Gefecht von Hornkranz
Ostherero- und Kauas-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1895–1896	
Afrikaner-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1897	
Swartbooi-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1897–1898	
Grootfonteiner Baster-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1901	
Bondelswart-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1903–1904	
Herero- und Nama-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1904–1908	Schlacht am Waterberg
Rehobother Baster-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1915	
Bafut-Kriege	Kamerun	1891–1907	
Dahomey-Aufstand	Kamerun	1893	
Jaunde-Aufstand	Kamerun	1895–1896	
Bule-Aufstand	Kamerun	1899	
Bangwa-Aufstand	Kamerun	1899–1901	
Fulbe-Krieg	Kamerun	1899–1902	Gefecht von Miskin-Maroua
Anyang-Aufstand	Kamerun	1904	
Makaa-Aufstand	Kamerun	1906–1910	
Boxer-Aufstand	Kiautschou und Umland	1900–1901	

Von den Aufständen wurde der Maji-Maji-Aufstand in Deutsch-Ostafrika 1905 – 1907 und der Herero-Aufstand in Deutsch-Südwest 1904 – 1908 mit besonderer Brutalität niedergeschlagen, die Herero wurden weitgehend vernichtet.

Von 1897 bis 1903 erforschte der Arzt Richard Kandt (1867–1918) von Ostafrika aus das Gebiet der Großen Seen und entdeckte 1898 im ruandischen Nyungwe-Wald eine der Quellen des Nils. Darüber schrieb er in *Caput Nili – eine empfindsame Reise zu den Quellen des Nils*, 1904 bei Reimer in Berlin erschienen und eines der erfolgreichsten Bücher der Entdeckungsliteratur. Das Deutsche Reich beanspruchte seit 1899 die beiden innerafrikanischen Königreiche Ruanda und Burundi, und Kandt war von 1908 bis 1914 der erste deutsche Generalresident in Ruanda. Er machte Kigali zur Hauptstadt des „Verwaltungsbezirks XX“ von Deutsch-Ostafrika und ist dort bis heute in guter Erinnerung. Der deutsche Ethnologe Leo Frobenius (1873 – 1938) hat mit seiner „Kulturgeschichte Afrikas“ (1933) *Afrika seine Würde und seine Identität wiedergegeben* (Senghor).

Deutschland und die osmanische Türkei

Die osmanische Türkei war kein Gebiet für koloniale Expansion, sie war aber seit dem 18. Jahrhundert unter starkem russischen Druck, hatte die Krim und die Schwarzmeerküste verloren, ebenso Griechenland, und galt im 19. Jahrhundert als *der kranke Mann am Bosphorus*. Aber der nahe Osten und Libyen waren noch ebenso türkisch wie der südliche Balkan, und der Sultan war Kalif und damit die anerkannte oberste weltliche Autorität des Islam. Die Deutschen suchten nach

mehr Einfluss, und 1898 führte eine große Reise Wilhelm II. nach Istanbul, Palästina und Syrien. Er war Gast des Sultans Abdülhamid (der dem Kaiser unter anderem die im Pergamon-Museum ausgestellten Ausgrabungen schenkte). In Jerusalem zog er im Kreuzfahrerkostüm ein, aber in Damaskus legte er einen Kranz am Grabe Saladins nieder und sagte:

Möge der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, dass zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.

Gleichzeitig wurde aber der Sultan gewarnt, dass die deutschen Archäologen in Mossul in Wirklichkeit Geologen wären, die nach Erdöl suchten.

Der bisherige Staatssekretär Freiherr Marschall von Bieberstein war seit 1897 Botschafter in Konstantinopel und baute die deutsch-türkischen Beziehungen aus. Neben militärischen Kontakten war vor allem der Bau der Bagdadbahn wichtig, deren Konzession Deutschland erhielt und die von Konya in Anatolien nach Bagdad führte und weiter bis Basra am Persischen Golf geplant war. Die Federführung und Finanzierung lag bei Deutschland, und der Bau seit 1903 war eine ingenieurtechnische Meisterleistung. Das heute so heftig umkämpfte Kobane in Nordsyrien war als Siedlung für die Arbeiter an der Bagdadbahn gegründet worden. An der engen Zusammenarbeit mit den Deutschen änderte auch die Machtübernahme der Jungtürken 1908 nichts.

Der russische Kontinentalimperialismus

Nach der Ermordung des Zar-Befreiers Alexander II. 1881 folgte ihm sein Sohn als Alexander III. Er war bullig und schwerfällig und hielt wie sein Großvater Nikolaus wenig von Reformen, dafür alles von autoritärer Führung. Das Verfassungsprojekt seines Vaters verschwand in der Schublade, und die früheren Reformen wurden zurückgenommen oder zugunsten des Adels verändert. Alexander war selber phantasielos und deshalb intellektuell von seinem früheren Lehrer Konstantin Petrówitsch Pobedonószew abhängig, dem Oberprokurator des Heiligen Synod, der das Sendungsbewusstsein der russischen orthodoxen Kirche mit einem starken russisch-panslawistischen Nationalismus verband und den Zaren von einer systematischen Russifizierung der „fremdstämmigen“ Untertanen überzeugte, insbesondere der Polen und Balten, die sich bisher als Brücke zum Westen verstanden hatten, deren Religion und Kultur aber jetzt als minderwertig galt. Pobedonószew lehnte die westlichen politischen Ideen und Entwicklungen ebenso ab wie Telefon und Telegraf. Zu der gewaltsamen Russifizierung kam ein autoritärer bürokratischer Zentralismus.

In Polen setzte dieser Prozess schon nach den Aufständen von 1830 und 1863 ein:

Nach 1831 stand zunächst ein Statthalter des Zaren an der Spitze des russisch kontrollierten Staatswesens. Das polnische Parlament, Heer und Münzwesen wurden abgeschafft, die Schulaufsicht dem St. Petersburger Bildungsministerium übertragen und die Warschauer Universität geschlossen. Nach 1864 verlor das »Königreich Polen« sogar seinen Namen und hieß künftig nur noch »Weichselland« (russ. »pri-vislinskij kraj«). Alle zentralen polnischen Verwaltungseinrichtungen waren nun restlos beseitigt, das Land in zehn Gouvernements aufgeteilt, die ausschließlich russischen Gouverneuren unterstellt waren. Eine Vielzahl von Aufständischen wurde hingerichtet oder deportiert, zahlreiche polnische Adelsgüter wurden konfisziert. Nicht minder hart waren die Maßnahmen gegen die katholische Kirche und den Klerus ausgefallen: Verhaftungen, Klosterschließungen, Beschlagnahme von Kirchenbesitz und Eingriffe in die innere Kirchenverwaltung gehörten dazu. Strenge Zensurbestimmungen, Russisch als Amts- und Unterrichtssprache und die Errichtung einer russischen Universität in Warschau im Jahre 1869 sollten die Polen künftig auch kulturell niederhalten.

(Eine kleine Geschichte Polens, edition suhrkamp, 2000, S. 269)

In den baltischen Staaten förderte die russische Zentralregierung gegen die bisher staatstragende deutsch-baltische Oberschicht die originären Völker, die Esten, Letten und Litauer, aber die wollten nicht slawisiert werden und hielten gegen die russische Orthodoxie an ihrer traditionellen protestantischen oder katholischen Religion fest. Aber auch hier war Russisch Schulsprache, und aus der baltischen Universität Dorpat wurde die russische Universität Jurjew, und die Justiz wie die Verwaltung waren russisch. In Finnland wurde die von Alexander II. gewährte Verfassung und weitgehende Autonomie 1903 aufgehoben, und die Ukraine war so oder so russisches Kernland. Auch bei der Erschließung des Ostens war Russisch die Sprache der Schule, der Verwaltung und der Justiz, und die orthodoxe Kirche hatte zahllose Privilegien.

Eine große Rolle bei der Modernisierung spielte die Eisenbahn, und für die Erschließung Sibiriens ist der Bau der Transsibirischen Eisenbahn von großer Bedeutung. Die Planung der Linie vom Ural bis Wladiwostok geht auf Alexander III. zurück, den Bau eröffnete sein Sohn Nikolaus 1891 als Zarewitsch. Das Geld wurde durch internationale Anleihen vor allem aus Frankreich bereitgestellt, der Bedarf an Eisen kurbelte die russische Metallindustrie an. Der Geldbedarf führte zu einer Annäherung an Frankreich, das Verhältnis zu Deutschland verschlechterte sich, als Deutschland nach dem Sturz Bismarcks 1890 den Rückversicherungsvertrag nicht verlängerte.



Zar Nikolaus II.

Zar Alexander starb 1894, ihm folgte sein Sohn Nikolaus, auch er ein Schüler des Panslawisten Pobedonózew. Die Politik der Russifizierung wurde verstärkt weitergeführt. Wladiwostok wurde 1897 erreicht, aber Zwischenstücke fehlten, und der Bau der Transsib wurde erst 1916 abgeschlossen. Russland war zu der Zeit im Osten und gegen China stark engagiert, es stieß dabei mit einer japanischen Expansion in die Mandschurei zusammen. Japan hatte 1894 gegen China Krieg geführt und sich im Frieden Port Arthur abtreten lassen, aber Russland erzwang im Bündnis mit Frankreich und Deutschland den japanischen Rückzug; und 1897 besetzte Russland seinerseits Port Arthur und erhob Anspruch auf die Mandschurei und Korea. England unterstützte Japan gegen die russischen Ansprüche, und im Februar 1904 überfiel Japan mit seiner Flotte Port Arthur. Die Russen verloren zur See und zu Land. Im Oktober erreichte die russische Ostseeflotte nach der Umrundung Afrikas den Kriegsschauplatz und wurde im Mai 1905 in der Seeschlacht von Tsushima von den Japanern nahezu vernichtet. Auch auf der Insel Sachalin mussten die russischen Streitkräfte kapitulieren. Auf Vermittlung des amerikanischen Präsidenten kam es im September zu Verhandlungen und zum Frieden von Portsmouth (USA). Russland

musste auf Port Arthur, Korea, die Mandschurei und die halbe Insel Sachalin verzichten.

Das Ergebnis des Krieges war eine Sensation. Eine der großen imperialistischen Mächte hatte gegen einen nichteuropäischen sozusagen drittklassigen Staat verloren. Diese Niederlage hatte große Auswirkungen. Die eine war die russische Revolution von 1905, die mit Massenstreiks begann, und Zar Nikolaus musste am 23. April 1906 eine Verfassung unterschreiben, die zur Wahl einer Staatsduma und zu einem inneren Reformprozess unter dem Ministerpräsidenten Stolypin führte. Das andere ist der 1907/08 erfolgte Ausgleich mit dem großen Konkurrenten England, der weitgehende Verzicht Russlands auf seine aggressive Weltpolitik. Damit wurde die Tripel-Allianz mit England und Frankreich möglich, die Konstellation, die in den Weltkrieg führte. Russland, das sich im Fernen Osten zurückziehen musste, wandte sich wieder stärker Europa zu, und das heißt der alten Linie gegen die Türkei und auf den Balkan. Die Türkei war aber deutsches Einflussgebiet, und wegen Serbien und dem 1908 von Österreich annektierten Bosnien-Herzegowina wurde der österreichisch-russische Gegensatz schärfer. Die kriegserischen Unruhen vor 1914 löste aber der (von Frankreich in einem Geheimvertrag zugestandene) italienische Angriff auf das osmanisch-türkische Libyen 1911 aus.

Die USA: Erschließung des Kontinents, Eisenbahn, Industrialisierung

Nach dem Ende des Sezessionskrieges bestimmte der Norden mit der siegreichen, aber engstirnigen republikanischen Mehrheit die Politik. Die Südstaaten wurden als besetzte Gebiete behandelt und konnten sich nur sehr langsam erholen und ihre staatliche Selbstständigkeit zurückgewinnen. Aber der Zug nach Westen, die Erschließung des Kontinents, hielt weiter an, und dazu war eine kontinuierliche Einwanderung notwendig. Die Einwanderung aus Deutschland ebte nach der Reichsgründung 1871 ab, aber die aus Irland und Italien blieb weiterhin auf hohem Niveau, ein Zeichen dafür, dass die wirtschaftlichen wie die politischen Bedingungen in diesen Ländern anhaltend schlecht waren. Allmählich nahmen die Vereinigten Staaten die heute vertraute Form quer über den Kontinent an. Nach dem Sezessionskrieg wurden als Einzelstaaten der Union zugelassen und anerkannt: Nevada 1864, Nebraska 1867, Colorado 1876, Montana 1889, North Dakota 1889, South Dakota 1889, Washington 1889, Wyoming 1890, Idaho 1890, Utah 1896, Oklahoma 1907, Arizona 1912, New Mexico 1912.

Alaska wurde seit dem 16. Jahrhundert von Russland beansprucht, aber vor allem von Pelztierjägern genutzt. Für Russland war es immer schwerer zu verwalten und unergiebig, und da Zar Alexander II. nach dem verlorenen Krimkrieg in Geldnot war, verkaufte er 1867 das Land (für weniger als 5 \$ pro Quadratkilometer) an die USA. In Russland wurde der Verkauf praktisch nicht zur Kenntnis genommen. In den USA war der Kauf umstritten und galt als schlechtes Geschäft. In den ersten zehn Jahren wurde das *Department of Alaska* von der US Army verwaltet, danach von der US Navy. Von 1884 bis 1912 war der *District of Alaska* ein abhängiges Gebiet, aber mit einer beschränkten Selbstregierung. 1898 wurde nach dem Goldrausch am Klondike die Grenze zu Kanada fixiert. Ab 1912 war Alaska ein Territorium mit Sitz im Kongress, und 1959 wurde es zum 49. Bundesstaat der USA.

Eisenbahnbau

Seit 1826 wurde an der Ostküste ein Schienennetz aufgebaut, und 1831 wurde in Baltimore ein Lokomotivenwerk gegründet, das sich bald zum größten Produzenten für Dampflokomotiven entwickelte. Um 1850 betrug das Netz aus größeren und kleineren privaten Gesellschaften schon fünfzigtausend km, und im Sezessionskrieg spielte das Eisenbahnnetz eine große Rolle (wie der Film *The General* von 1926 mit Buster Keaton zeigt). Kalifornien war 1850 Bundesstaat geworden, und 1862 gab Präsident Lincoln den Auftrag für eine Eisenbahn quer über den Kontinent. Aber wegen des Krieges blieb der Plan liegen. Erst 1865 wurde mit dem Bau begonnen. Gebaut wurde durch private Gesellschaften (Union Pacific Railroad), aber die Union zahlte für jeden fertiggestellten Kilometer. Die Planung und der Bau wurden rücksichtslos (vor allem gegen die indianischen Ureinwohner, aber auch gegen die Landschaft) durchgezogen. Karl Mays fiktiver Held begann als Vermessungsingenieur beim Eisenbahnbau, bevor er Winnetou traf und zu Old Shatterhand wurde. Die Erschließung des Kontinents ist ohne die Eisenbahn nicht denkbar. Bahnhöfe und Siedlungen entstanden den Schienensträngen entlang.

Aber auch zur Industrialisierung trug der Eisenbahnbau wesentlich bei. Schienen und Lokomotiven verursachten eine enorme Nachfrage nach Stahl, und Andrew Carnegie baute sich zwischen 1870 und 1901 ein riesiges Stahlimperium auf, das mit den modernsten Methoden produzierte und die Konkurrenz verdrängte oder kaufte. 1901 verkaufte er sein Stahlgeschäft an den Bankier Pierpont Morgan, der einen noch größeren Stahltrust aufbaute. Carnegie zog sich zurück und gründete mit seinem Geld philanthropische Stiftungen.

Die Verlierer: Indianer und Schwarze

Die Rechte der Indianer wurden von den Amerikanern nicht gesehen, das Land galt als herrenlos und wurde ohne Rücksicht für den Bahnbau, für Rinderfarmen und für Bauernland erschlossen. Die Indianer wurden in Reservate gedrängt, und wenn sie sich wehrten, wurden sie guten Gewissens niedergekämpft und ausgerottet. Bekannt ist die Schlacht am Little Big Horn 1876, in der der Sioux-Häuptling Sitting Bull eine US-Einheit unter General Custer vernichtete. Die Amerikaner als Abkömmlinge weißer europäischer Einwanderer fühlten sich rassistisch den Schwarzen wie den Latinos gegenüber überlegen. Die Schwarzen waren zwar durch den Sezessionskrieg von der Sklaverei befreit worden, aber von der Gleichberechtigung weit entfernt. Sie hatten kaum Zugang zu Schulen, ihr Wahlrecht war eingeschränkt und wurde beschnitten, der Ku Klux Klan hatte seine beste Zeit, und die Rassentrennung wurde sogar gesetzlich erweitert.

Der amerikanische Imperialismus

Schon 1823 hatte der amerikanische Präsident James Monroe den amerikanischen Kontinent als eigenes Einflussgebiet gefordert und europäischen Interventionsideen im spanischen Amerika eine Absage erteilt (*Amerika den Amerikanern*). Den Zerfall des spanischen Kolonialreichs deckten die USA gegen eine europäische Intervention und förderten ihn versteckt und offen. Das ursprüngliche Großmexiko war ein ernsthafter machtpolitischer Konkurrent im Süden, und das wirkte sich negativ auf die Stabilität des neuen Staates aus. Zwischen 1835 und 1848 verlor Mexico seine nördlichen Gebiete an die USA, die heutigen US-Staaten Kalifornien, New Mexico, Utah, Texas, Arizona, Nevada und Florida. Damit wurde die Westküste US-amerikanisch, die Voraussetzung für die kontinentale Durchdringung nach dem Sezessionskrieg. Die Amerikaner fühlten sich dabei nicht als imperialistisch: die Konzeption *Vereinigte Staaten von Amerika* schien dieses Wachstum über den Kontinent abzudecken.

International vertraten die Amerikaner einen nicht kolonialen Imperialismus: offene Märkte, wirtschaftliches Engagement, verdecktes politisches Eingreifen zum Schutz der eigenen Interessen. Im ehemals spanischen Südamerika achteten sie zudem darauf, keine anderen Einflüsse zuzulassen. 1844 nahmen sie Handelsbeziehungen zu China auf, und 1854 erzwang eine amerikanische Flotte unter Commodore Perry die Öffnung Japans, das sich danach intensiv modernisierte. In den Neunzigerjahren wuchs in den USA aber eine expansionistische Stimmung. 1895 verlangte Präsident Cleveland ein Mitspracherecht bei der Frage der Grenze zwischen British Guiana und Venezuela. Ein Krieg wurde nur vermieden, weil die Briten nachgaben. In Hawaii stürzte eine von amerikanischen Zuckerpflanzern geführte Opposition den traditionellen König, amerikanisches Militär griff ein, und Hawaii wurde 1898 die erste US-Kolonie. Der große amerikanisch-spanische Krieg wurde durch einen von Amerika geförderten Aufstand auf Kuba ausgelöst, den die Spanier mit der Entsendung von 200 000 Soldaten brutal unterdrückten. Die von ihrer Presse informierte Öffentlichkeit war für eine Intervention, Präsident McKinley zunächst dagegen. Aber am 15. Februar 1898 explodierte im Hafen von Havanna unter bis heute ungeklärten Umständen das amerikanische Schlachtschiff *Maine*, der Kongress anerkannte das unabhängige Kuba und erzwang so die Kriegserklärung durch Spanien. Die spanische Flotte wurde in zwei Seeschlachten (Manila auf den Philippinen und Kuba) vernichtet und Kuba von Landstreitkräften besetzt. Die Amerikaner wollten keine Annexion Kubas, aber Spanien musste auf die Insel verzichten, und die neue Republik wurde zu einer Reihe von Klauseln in ihre Verfassung gezwungen, die sie faktisch zu einem amerikanischen Protektorat machten (Platt Amendment 1905). Erst dann wurden die Interventionstruppen abgezogen. Im Frieden von Paris (10. Dezember 1898) musste Spanien außerdem die Philippinen abtreten, und 1899 unterdrückte eine Streitmacht von 70 000 Mann die von Emilio Aguinaldo angeführte philippinische Nationalbewegung. Die USA waren jetzt Kolonialmacht.

Der Panamakanal

Ein Kanal, der Atlantik und Pazifik am Isthmus von Panama verbindet und den Seeweg um Südamerika unnötig macht, war ein alter Wunschtraum, aber technisch viel schwieriger als der Suezkanal. Ferdinand von Lesseps gründete 1878 eine Panama-Aktiengesellschaft. Von 1881 bis 1889 wurde gearbeitet, aber dann ging die Gesellschaft bankrott und der Bau wurde eingestellt. Seit 1901 waren die USA federführend für den geplanten Weiterbau. Der neue amerikanische Präsident Theodore Roosevelt (1901 bis 1909) verhandelte mit Kolumbien wegen eines Konzessionsvertrages, aber weil Kolumbien nicht zustimmen wollte, unterstützte er eine Aufstandsbewegung und anerkannte die nach der Unabhängigkeit von Kolumbien strebende Republik Panama. Sie erhielt eine Einmalzahlung von 25 Millionen Dollar und die Zusage für jährliche Konzessionsabgaben. Dafür wurde sie fast ein amerikanisches Protektorat, vermietete die für den Bau notwendige Kanalzone an die USA und trat auch die Hoheitsrechte ab. Der Bau begann 1905 und wurde 1914 fertiggestellt. Bis 1999 war der Kanal Eigentum der USA.

Vermittlung im russisch-japanischen Krieg 1905

Roosevelt übernahm die Vermittlung eines Friedens in dem Krieg, in dem die Russen seit 1904 zu Land und zur See von Japan immer wieder geschlagen worden waren. Verhandelt wurde in Portsmouth (New Hampshire), und dort wurde am 5. September 1905 der Friedensvertrag unterschrieben, mit dem Russland seine Niederlage eingestand und sich aus dem Fernen Osten zurückzog. Damit waren die USA im Kreis der imperialen Großmächte angekommen.

Der Ausbruch des ersten Weltkriegs

Mittwoch, 26. März 2014

Die Einstellung zum Krieg vor 1914. Warnende Stimmen. Die politische Führung.

Die Entwicklung der Bündnisse: Zweibund -Dreibund.

Mittwoch, 2. April 2014

Die Entwicklung der Bündnisse: Entente cordiale und Triple-Entente.

Die militärischen Planungen.

Mittwoch, 9. April 2014

Die Balkankriege. Serbien. Das Attentat von Sarajewo. Der Kriegsausbruch.

Die Einstellung zum Krieg vor 1914

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.

Mit dem Artikel 231 des Versailler Vertrag haben die alliierten Siegermächte 1919 die Alleinschuld Deutschlands am Krieg festgelegt. Der Sinn dieses Artikels war zuerst, damit Deutschland auch die alleinige Verantwortung für alle Kriegskosten und –schäden zu übertragen und es so für die kommenden Jahrzehnte abhängig zu machen. Aber nach diesem Krieg war es allen Beteiligten klar, dass dieser Krieg ein Verbrechen gegen die Menschheit und die Menschlichkeit, gegen das Völkerrecht und gegen Europa war, und damit, dass Deutschland seine Alleinschuld unterschreiben musste, hatten sich die siegreichen Alliierten auch einen Persilschein vor der Geschichte gegeben. Deshalb wurde auch nach Versailles in Deutschland die Diskussion über die Kriegsschuld nur als Widerlegung des Alleinschuldartikels geführt.

Aber vor dem Krieg war die allgemeine Einstellung zum Krieg anders. Zwar hatte schon 1831 der preußische Militärtheoretiker Carl von Clausewitz vorausgesehen, dass zukünftige Kriege „absolut“ werden könnten, und mit der Rekrutierung aller Kräfte im Volk und *à outrance*, bis zum totalen Zusammenbruch eines der beiden Gegner, geführt werden müssten. Der ältere Moltke, der den Krieg gegen Napoleon III. geplant hatte und bei Sedan und Metz die französische Armee vernichtend geschlagen hatte, musste danach das Erwachen des französischen Widerstandswillens konstatieren, eine *levée en masse*, die im Winter 1870/71 zu einer unübersichtlichen und unklaren Gesamtlage führten, aus der ihn nur Bismarcks schneller Verhandlungsfrieden mit Thiers erlöste. Deshalb warnte er immer wieder vor einem neuen Krieg in Europa, zuletzt in seiner letzten Reichstagsrede am 14. Mai 1890, nach Bismarcks Entlassung an die neuen Herren gerichtet: *Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworden werden, dass sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden – und wehe dem, der zuerst die Lunte in das Pulverfass schleudert!*

Auch der Führer der französischen Sozialisten, Jean Jaurès, auch einer der Führer der ersten Internationale, trat leidenschaftlich gegen einen kommenden Krieg und die dafür betriebene Hochrüstung und für eine deutsch-französische Zusammenarbeit ein. Und August Bebel, der Führer der deutschen Sozialdemokraten, warnte die Regierenden in einer prophetischen Rede im Reichstag am 3. Februar 1893:

Wenn Massenbankrotte über Massenbankrotte kommen, Tausende und Abertausende in das Nichts geschleudert werden, wenn die größten Unternehmungen aus Arbeitsmangel zugrunde gehen, wenn durch die Hinderung der Zufuhr eine Lebensmittelteuerung in kolossalstem Maße eintritt, wenn endlich auf den Schlachtfeldern die Massenschlächtereien stattfinden, die das Entsetzen von ganz Europa hervorrufen werden, dann, meine Herren, haben Sie etwas geschaffen, an dem möglicherweise Ihre ganze Gesellschaft mit einem Mal zu Grunde geht.

Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907

Auf Einladung der niederländischen Königin Wilhelmina fand 1899 auf Anregung von Zar Nikolaus mit Vertretern aus 29 Staaten die erste Haager Friedenskonferenz statt, deren eigentliches Ziel die Verhinderung von Kriegen war, die aber schnell zur völkerrechtlichen Fixierung von Bedingungen für den Krieg wurde, zur Haager Landkriegsordnung mit der Definition von Kombattanten, dem Schutz der Zivilbevölkerung, der Neutralität des Roten Kreuzes, dem Verbot von bestimmten Waffen. Die meisten Staaten traten der Landkriegsordnung 1900 bei, bei der zweiten Konferenz 1907 wurde sie leicht überarbeitet. Die Mächte wollten sich allerdings nicht in ihren Entscheidungen einengen lassen. Der Zar setzte zu der Zeit ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm durch, und die Militärs nahmen bei ihren Planungen wenig Rücksicht auf die Landkriegsordnung

Politische Einstellung zum Krieg

Die politischen Führer sahen den Krieg als ihr Recht, als ein Mittel der Politik, als *Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln* (Clausewitz). Krieg musste nicht sein, aber er gehörte zum politischen Geschäft, man musste immer mit ihm rechnen. Wer Kriege vermeiden wollte, zeigte Schwäche und forderte den Stärkeren zum Eingreifen heraus. *Si vis pacem, para bellum – wenn du den Frieden willst, so bereite den Krieg vor* war eine alte lateinische Spruchweisheit, die man schon im Gymnasium lernte. Dazu gehörte, dass man den möglichen Gegner beobachtete und ausspionierte. Der französische Hauptmann Alfred Dreyfus wurde 1894 fälschlich und mit gefälschten Beweisen als deutscher Spion verurteilt, Mata Hari war eine deutsche Agentin und der k.u.k. Oberst Alfred Redl hatte vor dem ersten Weltkrieg die österreichischen Pläne an Russland verkauft. Umgekehrt wurden aus Angst vor Spionage die Militärhaushalte möglichst pauschal und ohne Detailkenntnisse veröffentlicht und genehmigt, das Militärwesen war weitgehend Geheimsache. Das führte zu einer sich ständig beschleunigenden Rüstungsspirale: nach Geheiminformationen verfügte die Gegenseite jetzt über neues Material und neue Technik, und man musste schleunigst nachziehen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Man musste aber auch für den Kriegsfall nach Verbündeten suchen. Das älteste und festeste Bündnis war das Bündnis zwischen dem deutschen Kaiserreich und Österreich-Ungarn, der Zweibund von 1879. Das Kaiserreich Österreich hatte 1866 den Krieg gegen Preußen und damit seinen Einfluss auf Deutschland und Venetien und seine meisten italienischen Gebiete verloren. Nach der Niederlage folgte 1867 eine Staatskrise und der Ausgleich mit Ungarn, der Umbau zur Donaumonarchie, zur kaiserlich-königlichen Doppelmonarchie. Ungarn, politisch stark vom grundbesitzenden Adel geprägt und bestimmt, beanspruchte die Führungsrolle im östlichen Reichsteil. Der ungarische Reichstag wurde wieder hergestellt, und Graf Andrassy bildete eine ungarische Regierung. Zum ungarischen Reichsteil, Transleithanien (die Leitha war der Grenzfluss) gehörten Ungarn, Oberungarn (heute Slowakei), Siebenbürgen, Slawonien und Kroatien. Hier waren die Ungarn das Herrenvolk, die anderen Volksgruppen waren benachteiligt und hatten kein Wahlrecht. Der Kaiser hatte als König von Ungarn wenig Einfluss, eine mehr formale Rolle. Die nichtungarischen Volksgruppen litten in Transleithanien unter der Magyarisierungspolitik. Im westlichen Reichsteil, Cisleithanien, waren die Deutsch-Österreicher bestimmend, dazu gehörten die Königreiche Böhmen und das polnische Galizien. Im westlichen Reichsteil galt ein allgemeines Wahlrecht für Männer mit gewissen Rechten für die kleineren Volksgruppen (so war De Gasperi vor 1914 Abgeordneter für die italienische Minderheit in Trient). Im Westen gab es einen Reichsrat und einen Ministerpräsidenten, es gab also zwei Regierungen, die oft gegensätzlicher Meinung waren. Es gab gemeinsame Sitzungen der beiden Regierungen, den Vorsitz hatte dann der Außenminister. Für beide Reichsteile gemeinsam war der habsburgische Herrscher, im Westen Kaiser, im Osten König, die Außenpolitik, das Militär, Währung, Wirtschaft und Steuern. Dazu kam noch Bosnien-Herzegowina, 1878 unter österreichische Verwaltung genommen und 1908 annektiert, eine Art Reichsland, weil keiner der Reichsteile es dem anderen gönnte. Tatsächlich waren die meisten Volksgruppen in der Doppelmonarchie Slawen, Polen, Tschechen, Kroaten, Slowaken, Slowenen, Serben, aber sie waren nicht einheitlich vertreten, konfessionell gespalten (katholisch und orthodox) und erst dabei, ihren Nationalismus zu entdecken.

Die k&k-Doppelmonarchie war also politisch ein komplexes Gebilde mit möglichen Bruchstellen wegen des aufkommenden Nationalismus. Dazu gehörte auch eine Konfrontation mit Russland, das sich als Pate des Slawentums verstand (Panlawismus). Die Doppelmonarchie war aus



Notwendigkeit konservativ. Für Bismarck war die Donaumonarchie ein Riegel gegen ein russisches Vordringen auf dem Balkan, und so kam es 1879 zum Zweibund, einem Verteidigungsbündnis, das die Vertragsparteien zur gegenseitigen Hilfeleistung im Fall eines Krieges verpflichtete. 1881 wurde dann der Bund mit Italien zum Dreibund erweitert, aber die Verpflichtung zur Hilfe war wesentlich lockerer. Zum einen gab es Differenzen zwischen Österreich und Italien (die „Italia Irredenta“), zum andern gab es keine Konflikte zwischen Italien und Russland. Aber Bismarck wollte Italien als Bedrohung für Frankreich dabei haben. Nach 1900 lockerte sich die Beziehung zu Italien weiter, im Konfliktfall war eine italienische Neutralität wahrscheinlich.

Das französisch-russische Bündnis und die Entente cordiale

Ein französisch-russisches Bündnis war militärstrategisch verlockend, weil es den gemeinsamen Hauptgegner Deutschland sozusagen „in die Zange nahm“. Es gab auch keine territorialen Konflikte zwischen den beiden Mächten. Aber Frankreich war seit 1870 Republik und hatte die „republikanischen Werte“ seit der Jahrhundertwende vorangetrieben, den Laizismus, die Trennung von Staat und Kirche, die demokratische Kontrolle, und Russland war die letzte autokratische Monarchie mit einer engen Verbindung zur orthodoxen Kirche. Trotzdem kam es 1892 zu einer ersten Annäherung, 1894 wurde ein offizielles Bündnis geschlossen und in den folgenden Jahren ausgebaut und präzisiert.

Die deutsche außenpolitische Führung (die vom Geheimen Legationsrat Friedrich von Holstein bestimmt wurde), hielt dieses Bündnis nicht für bedenklich, solange Großbritannien neutral blieb. Und zwischen Frankreich und Großbritannien gab es große koloniale Gegensätze, die 1898 zum Fashoda-Konflikt und fast zum Krieg führten, als eine französische Truppe vom Westen her zum Nil vordrang, den die Briten als ihr Sperrgebiet betrachteten. Aber seit 1898 war Théophile Delcassé französischer Außenminister in verschiedenen Regierungen, und er arbeitete auf eine Annäherung mit Großbritannien hin, weil er die Stärkung Frankreichs gegenüber dem deutschen Kaiserreich für vordringlich hielt und deshalb zu einem kolonialen Ausgleich mit Großbritannien bereit war. Entgegen kam ihm dabei, dass der neue englische König Edward VII. die starke

deutsche Bindung seiner 1901 gestorbenen Mutter Viktoria ablehnte. Er war äußerst frankophil, verbrachte als Prince of Wales seine Urlaube in Frankreich und bezauberte beim Staatsbesuch 1902 die französische Öffentlichkeit. Außerdem war die politische britische Öffentlichkeit durch das deutsche Flottenbauprogramm verunsichert, das der Kaiser seit 1900 mit großem Propaganda-Aufwand forcierte, weil er eine starke Flotte als Voraussetzung für die deutsche Weltgeltung ansah. Das nassforschende und vorlaute Auftreten des Kaisers verstärkte in England den Eindruck, dass ein Gegengewicht gegen die deutsche Großmannsucht angebracht sei. So kam es zu französisch-britischen Gesprächen und 1904 zur *Entente cordiale*, dem „herzlichen Einvernehmen“, einer zunächst eher lockeren Vereinbarung zur politischen Kooperation.

Auch diese Annäherung beeindruckte die deutsche Führung noch nicht, weil Großbritannien und Russland in vielen Teilen der Welt gegeneinander um Einfluss kämpften und ein Zusammengehen der beiden Mächte unmöglich schien. Das begann mit dem Balkan und der Krim, wo England im Krimkrieg und noch 1877/8 das russische Überrennen der Türkei verhindert hatte. In Persien bemühten sich beide Mächte um maßgeblichen Einfluss auf die Regierung, und in Indien, das die Engländer fest im Griff hatten, fürchteten sie ein russisches Vordringen. Die Einrichtung von Afghanistan als Pufferstaat und die wiederholten Bemühungen der Briten, den Staat unter ihre Kontrolle zu bringen, waren Ausdruck dieser Furcht. Und im Fernen Osten versuchten die Russen, Land zu gewinnen (Wladiwostok), während Großbritannien die Öffnung Chinas militärisch erzwungen hatte und das Land als offene Handelsbasis auszubeuten versuchte. Die Engländer hatten Japan als Gegengewicht gegen den russischen Einfluss militärisch und wirtschaftlich bei der Modernisierung unterstützt, und als es 1904/5 zum russisch-japanischen Krieg kam, staunte die Welt darüber, dass die Japaner zur See und zu Lande die Russen schlagen konnten. Der Siegespreis für Japan war die Mandschurei mit Port Arthur und die südliche Hälfte der Insel Sachalin.

Die Niederlage von 1905 löste in Russland eine Staatskrise und eine Revolution aus. Der Zar stimmte einer Verfassung und einer gewissen Einschränkung seiner Rechte zu. Die Duma verzichtete auf die große imperiale Ausrichtung und arbeitete an einer Reform des Staates. Träger der Reform war der Ministerpräsident Pjotr Stolypin (1911 ermordet), der seine Politik ganz auf die inneren Reformen konzentrierte und deshalb keine außenpolitischen Experimente und Belastungen wollte. Russland zog sich aus seinen weltpolitischen Ambitionen zurück und wandte sich stärker Europa und der Sammlung der Slawen in Europa zu (Panlawismus). Damit wurde es aber auf dem Balkan zum Konkurrenten der Doppelmonarchie. Die Differenzen mit Großbritannien wurden unwichtiger, und es kam zu Verhandlungen und 1907 zum britisch-russischen Ausgleich, im Wesentlichen einem Nachgeben oder Rückzug Russlands. Damit stand einer Zusammenführung des französisch-russischen Bündnisses und der *Entente cordiale* zur *Triple-Entente* nichts mehr im Weg. Gleichzeitig wurden die Absprachen und Kooperationen dichter. Für Frankreich war die Modernisierung der russischen Armee und die Aktualisierung ihres militärischen Potentials vordringlich, und es stellte in den folgenden Jahren dafür viel Geld zur Verfügung. Seit 1907 gab es auch französisch-britische Gespräche zur Vorbereitung einer gemeinsamen Strategie im Fall eines Krieges.

Die Bündnissysteme vor dem Weltkrieg

Damit lagen die beiden Blöcke fest, der Zweibund/Dreibund gegen die Triple-Allianz. Die Deutschen fühlten sich missverstanden und eingekreist, Kaiser Wilhelm klagte gern und laut über seinen Onkel Edward und über das Unverständnis der britischen Öffentlichkeit, so im „Daily-Telegraph-Interview“ von 1908:

Ich habe immer wieder gesagt, dass ich ein Freund Englands bin, und Eure Presse, oder wenigstens ein beträchtlicher Teil von ihr, fordert das englische Volk auf, meine dargebotene Hand zurück-zustoßen, und redet ihm ein, dass die andere einen Dolch halte. Wie kann ich ein Volk gegen seinen Willen überzeugen?

1905 traf sich Kaiser Wilhelm geheim und direkt mit dem russischen Zaren Nikolaus auf der Insel Björkö und brachte ihn dazu, einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem Russland auf das Bündnis mit Frankreich verzichtete und die beiden Staaten sich zu gegenseitiger



Hilfeleistung verpflichteten. Aber die beiden Regierungen sahen den Vertrag als undurchführbar an und er verschwand in den Schubladen. Doch die Bündnisse waren zunächst nicht so gefestigt. So kam 1912 der britische Kriegsminister Lord Haldane nach Berlin, um über Rüstungsbeschränkungen und eine Annäherung zu verhandeln. Er war entsetzt darüber, wie unklar in Deutschland die Verantwortlichkeiten waren. Die Bündnisse verstanden sich auch nicht als aggressiv, sondern als Schutz vor einer Aggression. Im August 1914 waren beide Seiten der Überzeugung, sie würden sich nur verteidigen, mindestens nach außen. Der Kaiser schrieb am 1. August:

Leichtsinn und Schwäche sollen die Welt in den furchtbarsten Krieg stürzen, der auf den Untergang Deutschlands schließlich abzielt ... England, Russland und Frankreich haben sich verabredet ... gegen uns den Vernichtungskrieg zu führen ... Das ist in nuce die wahre, nackte Situation, die langsam und sicher durch Edward VII. eingefädelt, fortgeführt wurde ... das Netz ist uns plötzlich über dem Kopf zugezogen ... (zitiert bei Tuchman, August 1914, S. 98)

Das internationale Krisenmanagement funktionierte auch über die die Bündnisse hinweg. So wirkte in der bosnischen Annexionskrise 1908 Deutschland dämpfend auf Österreich-Ungarn, und Frankreich hielt Russland zur Zurückhaltung an. Die zweite Marokkokrise mit dem „Panthersprung“ nach Agadir führte noch 1911 zu einem kolonialen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland, und als sich 1912 nach dem ersten Balkankrieg die Sieger um die Kriegsbeute stritten, entschied eine Botschafterkonferenz in London, dass Albanien ein selbstständiges Fürstentum werden sollte. In der Julikrise 1914 wurde dieses Krisenmanagement von keiner Seite ins Spiel gebracht, vielleicht, weil der Ernst der Lage wegen der Sommerferien allgemein unterschätzt wurde. Denn es gab auf allen Seiten Befürworter und Gegner eines Krieges. Das hat Christopher Clark in seinem Buch über *Die Schlafwandler* (2012) sehr schön herausgearbeitet.

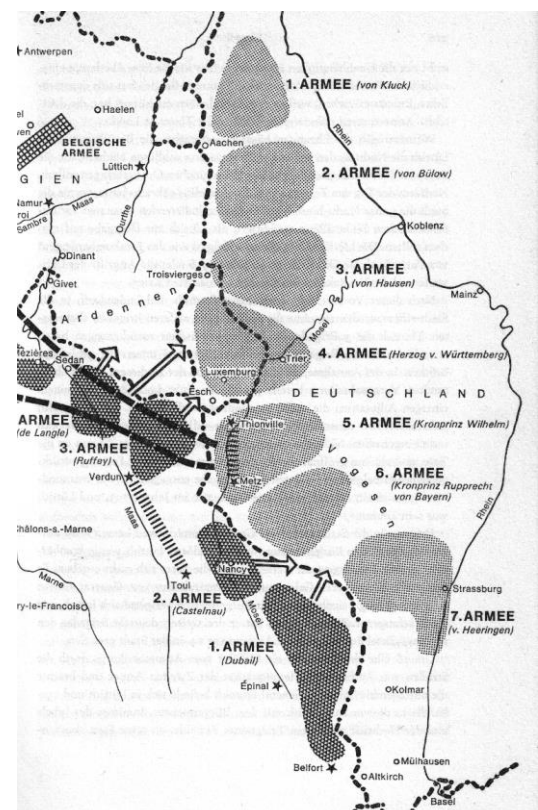
Die militärischen Planungen

Zur Vorbereitung eines möglichen Kriegs gehörte auch die ständige Aktualisierung und Modernisierung der Streitkräfte und der Rüstung und die Planung des militärischen Vorgehens. So hatte Deutschland die dreijährige Wehrpflicht, und Russland führte sie 1910 ein, Frankreich 1912. Auch die Ausschöpfung des Potentials der wehrpflichtigen Jahrgänge führte bei wachsender Bevölkerung zu einer automatischen Heeresvergrößerung. Neue Gewehre, das Maschinengewehr und die leichte und schwere Artillerie, Leichtflugzeuge zur Aufklärung, Panzerwagen, überall führten neue Entwicklungen zu einem Boom der Rüstungsindustrie (Krupp in Deutschland, Škoda in Böhmen, Schneider in Frankreich). Armee und Rüstung wurden wenig kontrolliert, weil niemand sich eine Vernachlässigung der patriotischen Pflicht vorwerfen lassen wollte.

Der französische Plan XVII (Foch 1911)

Die militärischen Planer kannten die Warnung von Clausewitz vor einem totalen Krieg, aber sie glaubten, diesen Krieg durch eine brutale Offensive und einen schnellen Sieg umgehen zu können. Auf allen Seiten waren sie vom strategischen Offensivdenken gefangen. In Frankreich beriefen sie sich dabei auf die Lebensphilosophie von Henri Bergson, dessen „Elan vital“ sie als Attacke um jeden Preis umdeuteten.

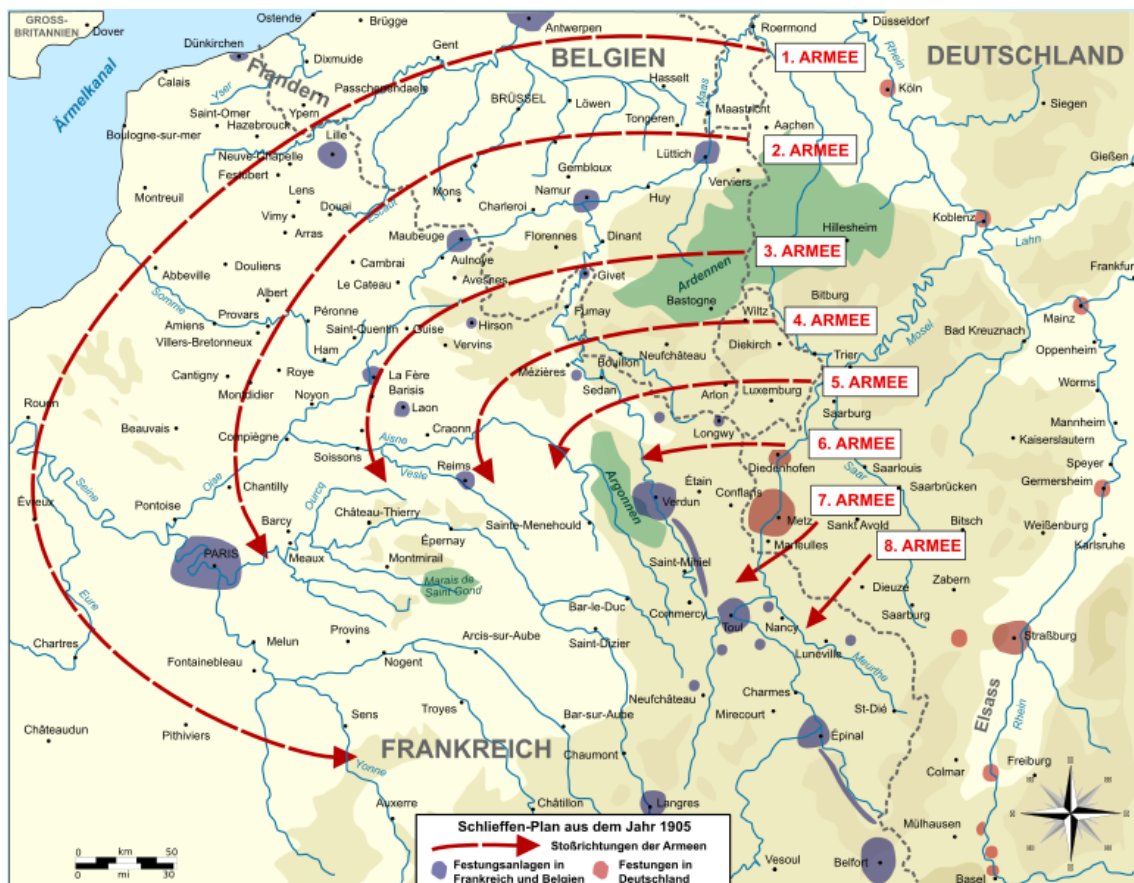
Der von Foch ausgearbeitete Plan sah eine schnelle Offensive mit vier verstärkten Armeen durch die Ardennen und Luxemburg vor, die als Keil nach Deutschland vordringen, es spalten und die deutsche Armee am Aufmarsch hindern und schlagen sollte. Dazu war eine gute Ausrüstung und eine schnelle Mobilmachung notwendig, für die die Nutzung der Eisenbahn und die genaue Planung der Verkehrsströme Voraussetzung waren. Wichtig war aber auch, dass Russland ebenso schnell und offensiv angreifen konnte und damit von Anfang an Deutschland zur Teilung seiner Kräfte zwang. Um eine schnelle russische Mobilmachung zu sichern, investierte Frankreich erhebliche Beträge in den Ausbau



des russischen Schienennetzes durch Polen, doppelte Gleise, Ausweichmöglichkeiten, besseres rollendes Material. Auch für die russische Planung war damit Deutschland das Hauptziel, das Eindringen nach Ostpreußen und die Bedrohung Berlins.

Der deutsche Schlieffenplan (Graf Schlieffen 1905)

Der deutsche Generalstab unter Graf Waldersee hatte zunächst mit einem deutsch-russischen Krieg gerechnet und diesen vorgeplant. Aber sein Nachfolger seit 1891, Graf Alfred von Schlieffen, nahm die Bedrohung durch das französisch-russische Bündnis ernst und entwickelte dafür 1905 den „Schlieffenplan“, der zur Grundlage der deutschen militärischen Planungen wurde. Der Plan ging davon aus, dass die russische Mobilmachung viel langsamer sein würde als die französische. Deshalb wollte er russischen Angriffen in Ostpreußen nur defensiv hinhaltend begegnen und alle verfügbaren Kräfte gegen Frankreich einsetzen. Der endgültige Sieg in Frankreich war für den 36. bis 40. Tag nach der Mobilmachung geplant, danach konnte man sich gegen die Russen wenden. Da die Franzosen sich an der Grenze von Elsass-Lothringen mit starken Kräften und aus gesicherten Stellungen wehren würden, plante Schlieffen eine große Umfassung durch Luxemburg und Belgien; dass die belgische Neutralität auch durch Deutschland garantiert war, spielte für die militärischen Planer keine Rolle. Der Bruch der Neutralität war eben notwendig und „alternativlos“. Die von Beginn an durch Reserven verstärkten deutschen Angriffsarmeen sollten in einem großen Bogen über Belgien und Flandern nach Frankreich eindringen (*der rechte Flügelmann muss mit dem Ärmel den Ärmelkanal streifen*), die französischen Truppen umfassen und einschließen und so den schnellen und kompletten Sieg sichern. Dieser Plan wurde in den folgenden Jahren und unter Schlieffens Nachfolger, dem jüngeren Moltke, immer weiter ausgefeilt und immer engmaschiger vorbereitet. Weil Schnelligkeit oberstes Gebot war, gab es im Generalstab eine eigene Eisenbahnabteilung, die Einsatzpläne für den Fall der Mobilisierung aufstellte, in Deutschland und dann auch für Belgien. Die Bewegungen für die Truppen, die Versorgung, der Nachschub, die Lazarettzüge für die Verletzten wurden minutiös geplant, besondere Fahrpläne aufgestellt. Das alles wurde ausgearbeitet und als geheime Unterlagen für den Fall der Fälle in Schubladen gehortet, dabei aber immer wieder überprüft und verbessert. Sogar die Mobilmachungsbefehle waren schon gesetzt und bei bestimmten Druckereien gelagert, so dass sie nur aktualisiert und mit dem Datum versehen werden mussten und dann gedruckt werden konnten.



Die deutsche militärische Führung war von dem Plan und seiner Kühnheit fasziniert, der kurzfristige endgültige Sieg schien damit gesichert, und so wurde alle Energie in seine Umsetzung gesteckt. Alternativplanungen wurden nicht gemacht, obwohl immer klarer wurde, dass die Prämisse der zögerlichen russischen Mobilmachung nicht mehr stimmte. Der Schlieffenplan forderte, dass auf jeden Fall zuerst Frankreich besiegt werden musste, egal wie die politischen Gegebenheiten lagen. Ähnlich verlangten die russischen Pläne den ersten Angriff gegen Deutschland, weil die französischen Pläne diese Entlastung brauchten. Ein nur russisch-österreichischer oder nur deutsch-russischer Krieg war also von den militärischen Planungen her nicht gedacht. Ein anderes Problem war der Automatismus der Pläne. Der Befehl zur Mobilmachung setzte einen Ablauf in Bewegung, ein ineinander greifendes Räderwerk (bei der Eisenbahn auch im Wortsinn), und ein Anhalten des Apparats aus politischen Gründen hätte einen Kollaps und ein Chaos der Organisation mit sich gebracht, die kein politischer Führer riskieren wollte. Diese hatten den Ernst der Lage zu lang nicht gesehen, und als der erste Mobilmachungsbefehl anfiel (Serbien gegen Österreich), führte der Automatismus der Planungen zum allgemeinen Krieg. Das Versagen der militärischen Planungen für einen schnellen Sieg (nur die Schlacht von Tannenberg Ende August gegen die Russen war ein solcher Sieg) auf beiden Seiten führte, wie von Clausewitz vorhergesagt, zu dem langen Krieg bis zur totalen Erschöpfung, aber weder die französischen noch die deutschen Militärstrategen haben ihr Versagen je zugegeben. Nach dem Scheitern ihrer Offensivpläne haben sie einfach weitergemacht und in ihrer Verlegenheit den wahnsinnigen Grabenkrieg mit seinen Millionen von <für's Vaterland Gefallenen> improvisiert.

Serbien, Bosnien und die Balkankriege

Serbien wurde 1817 ein autonomes Fürstentum unter osmanischer Herrschaft und erreichte 1867 unter Fürst Mihailo Obrenović die Unabhängigkeit. In der Balkankrise 1877/8 übernahm Österreich-Ungarn die Verwaltung von Bosnien-Herzegowina von der Türkei, aber Bosnien war ein multiethnisches Gebiet mit Serben, Kroaten, Muslimen und anderen slawischen Völkern. Serbien, seit 1882 Königreich, fühlte sich als Vertreterin und Sprecherin der Südslawen (Yugoslawen). 1903 wurde König Aleksandar Obrenović in einem blutigen Aufstand ermordet, und der neue König Petar Karadjordjević arrangierte sich mit den nationalistischen Tätern, die in der Armee hohe Stellen einnahmen, besonders Dragutin Dimitrijević, der als „Apis“ der Führer des Geheimbundes „Schwarze Hand“ war und sich für die serbische Führung bei den Südslawen einsetzte, Großserbien und Jugoslawien. Deshalb protestierte Serbien heftig, aber erfolglos, als Österreich-

Ungarn 1908 Bosnien annektierte. Serbien suchte die Anlehnung an Russland, weil Serbien orthodox war und sich eng an die russische orthodoxe Kirche anlehnte. Aber in der bosnischen Annexionskrise 1908 hielt sich Russland noch mit der Unterstützung Serbiens zurück.

1912 verbündeten sich Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland gegen die osmanische Türkei und verdrängten sie aus ihren letzten Besitzungen auf dem Balkan (außer Istanbul). Nach dem militärischen Sieg kam es Ende 1912 zu einer Botschafterkonferenz in London, wo auf Betreiben Österreich-Ungarns die Einrichtung eines Fürstentums Albanien beschlossen wurde, weil Serbien an die Adria wollte und auch Montenegro und Griechenland Gebiete



Balkanstaaten 1913

beanspruchten. Im Frieden von London im Mai 1913 verzichtete die Türkei auf die Gebiete im Balkan. Aber die Kriegspartner gegen die Türkei zerstritten sich über die Aufteilung des eroberten Makedonien, und so kam es im Juli 1913 zum zweiten Balkankrieg zwischen Bulgarien und Serbien-Griechenland. Die Türkei konnte Edirne zurückgewinnen, Bulgarien Westthrakien und den Zugang zur Ägäis sichern, Griechenland Makedonien und Serbien den Kosovo. In Serbien und Griechenland wurden die Moscheen zerstört oder in Kirchen verwandelt, die Muslime vertrieben. Nur in Bosnien und Albanien konnte der Islam weiter existieren.

Erzherzog Franz Ferdinand und Sarajewo

Erzherzog Franz Ferdinand war eine Neffe des Kaisers Franz Josef und seit dem Tod des Kaisersohnes Rudolf 1889 und seines Vaters 1896 der offizielle Thronerbe. Er heiratete gegen starke Widerstände 1900 die nicht standesgemäße Gräfin Sophie Chotek und führte mit ihr eine glückliche Ehe, aber für die Kinder musste er auf die Erbfolge verzichten. Er gehörte nicht zu den Vertrauten des alten Kaisers und wurde nicht zu den Regierungsgeschäften herangezogen. Aber er war Generalinspekteur des Heeres und beschäftigte sich mit dem Zustand des Heeres und seiner notwendigen Reform (und war dabei ein Gegner des aggressiven Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf), er war ein Gegner der konservativen Magyarisierungspolitik und deshalb in Ungarn verhasst, und er wollte die Doppelmonarchie umbauen und dem starken slawischen Element eine angemessene Stellung einräumen (Trialismus). Mit solchen Gedankenspielen war er im k. & k.-Establishment nicht gerade beliebt. Für den großserbisch-slawischen Nationalismus waren diese Pläne eine echte Herausforderung, eine konkurrierende südslawische Sammlungsbewegung. Das Attentat von Sarajewo war deshalb kein zufälliges Ereignis.



Franz Ferdinand sollte die Armee in Bosnien inspizieren und am Manöver teilnehmen. Verbunden wurde das mit einem Besuch der Hauptstadt Sarajewo, und zwar am 28. Juni, dem St. Veitstag, an dem in Serbien der 525. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 groß begangen wurde, einem zentralen Ereignis der serbischen Nationallegende. Der Termin war wohl von der bosnischen Regierung mit Absicht gewählt worden. Die „Schwarze Hand“ bereitete deshalb das Attentat sorgfältig vor. Fünf verschiedene Selbstmordattentäter wurden mit Waffen ausgestattet und am wahrscheinlichen Weg platziert. Nach einem ersten fehlgeschlagenen Attentat kam der junge bosnische Serbe Gavrilo Princip zum Zug und tötete den Erzherzog und seine Frau mit einer Pistole. Er wurde festgenommen, und durch seine Vernehmung konnte die österreichische Polizei die Verbindungen nach Serbien aufdecken. Die europäische Öffentlichkeit war durch das Attentat schockiert, aber als die Österreicher am 23. Juli von Serbien ultimativ forderten, mit der eigenen Polizei in Serbien zu ermitteln, war der Schock vergessen und Europa in Urlaub. So kam es zur serbischen Teilmobilmachung und zur schnellen Eskalation, und die Politik machte keinen Versuch, die Krise zu entschärfen, den Zug zu stoppen.

Christopher Clark, Die Schlafwandler. DVA Stuttgart 2013.

Herfried Münkler, Der Große Krieg. Rowohlt Berlin 2013.

Erzherzog Franz Ferdinand (1863 – 1914)

Vortrag zur Europawoche: Krisenjahr 1917

Die Brussilow-Offensive und die Schlacht an der Somme

Für 1916 planten die Alliierten eine neue doppelte Offensive gegen die deutschen Stellungen. Die Russen sollten die Österreicher in Galizien angreifen und so die Deutschen zwingen, Hilfe zu leisten. Wenn die Deutschen Truppen von der Westfront abgezogen und ihre Stellung so geschwächt hätten, sollte eine Offensive an der Somme die deutschen Linien aufbrechen. Die russische Brussilow-Offensive begann im Juni, die englische an der Somme im Juli. Beide Offensiven scheiterten mit schrecklichen Verlusten vor allem für die Russen und die Briten.

Der Tod von Kaiser Franz Josef – Lloyd George britischer Premierminister

Franz Josef, Kaiser von Österreich seit 1848, starb am 21. November 1916. Sein Tod schwächte die österreichisch-ungarische Monarchie weiter. In London bildete nach einer Krise der liberalen Regierung Asquith der Liberale David Lloyd George eine liberal-konservative Koalition. Er war selber Premierminister und Kriegsminister, und er war davon überzeugt, dass der Krieg bis zum totalen Sieg und zum Ende der Mittelmächte geführt werden müsse.

Hindenburg und Ludendorff übernehmen im August 1916 die Oberste Heeresleitung

Hindenburg und Ludendorff, der alte und der junge, der ruhige und der aktive, hatten im Osten gegen die Russen Schlachten und einen Ruf gewonnen, und im August 1916 ernannte der Kaiser sie zu Chefs der obersten Heeresleitung (OHL). Ludendorff wollte erst den Sieg und dann den Frieden diktieren, er wollte keine Einmischung der Politik. Der Krieg war die Verantwortung der Militärs. Das Volk musste dienen und Opfer für den Endsieg bringen. Der Kaiser stellte sich immer auf die Seite des Militärs, der Kanzler hatte immer weniger Einfluss.

Der Kanzler von Bethmann-Hollweg und der uneingeschränkte U-Boot-Krieg

Bethmann glaubte nicht mehr an den totalen Sieg und bot am 16. Dezember 1916 in einer Rede vor dem Reichstag Friedensgespräche unter der Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Wilson an, aber es gab keine Antwort. Am 9. Januar 1917 entschied sich der Kronrat mit dem Kaiser und der Militärführung gegen Bethmann für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg im Atlantik. Die Militärs versprachen den Zusammenbruch Englands und Frankreichs, wenn der Nachschub ausblieb, und den Sieg, bevor die Amerikaner in den Krieg eingreifen könnten. Deutschland bot sogar Mexiko ein Bündnis und die Rückgabe der früher mexikanischen Staaten an, wenn Mexiko die Vereinigten Staaten angreifen würde. Die Staaten erklärten Deutschland am 16. April den Krieg. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg brachte den Nachschub nie ernsthaft in Gefahr, die Transportschiffe bildeten Geleitzüge, aber wie Bethmann vorausgesehen hatte, trieb er die Neutralen auf die Seite der Alliierten. Die ersten amerikanischen Soldaten kamen im Juni.

Die erste russische Revolution (Februarrevolution)

Die Katastrophe der Brussilow-Offensive hatte den Zusammenbruch des zaristischen Russland beschleunigt. Die Armee war geschwächt, es fehlten Offiziere und ausgebildete Soldaten. Das Volk wollte Frieden, die Neueingezogenen wollten nicht kämpfen, das Volk wartete auf eine Bodenreform. Aber der Zar war zu eng mit den Alliierten verbunden, um einen Sonderfrieden anzustreben. Ein Streik in Petrograd, dem sich die Soldaten anschlossen, führte am 3. März 1917 (nach dem julianischen Kalender) zum Sturz des Zaren. Die neue Regierung unter der Führung von Kerenski von der sozialistischen Menschewiki-Partei sah sich verpflichtet, den Krieg weiter zu führen, einmal, weil Russland bei den Alliierten hoch verschuldet war, zum andern, weil Kerenski vor allem von England Geld erhielt.

Auf Betreiben der Alliierten eröffnete Kerenski am 29. Mai eine Offensive, aber sie blieb stecken und zeigte, dass Russland den Krieg nicht mehr weiterführen konnte. Mit dieser gescheiterten Offensive schwächte Kerenski seine Regierungsautorität. Streiks und Meutereien nahmen zu, die Verhältnisse in Petrograd und Moskau wurden immer unhaltbarer.

Die Nivelle-Offensive

Die Alliierten entschieden sich für eine Neuaufnahme der 1916 gescheiterten Offensive, um die deutschen Stellungen zu durchbrechen. Die Offensive wurde von General Robert Nivelle geplant, einen Anhänger der Offensive um jeden Preis, Nachfolger von Joffre als Oberbefehlshaber der französischen Armee seit dem 25. Dezember 1916. Man sagte, er nehme wenig Rücksicht auf das Leben der Soldaten, sein Spitzname war <Metzger>. Die russische Offensive war ein Teil des Plans, aber sie begann zu spät. Im Westen begannen die Briten mit einer Offensive in Arras im April 1917. Die Franzosen griffen am 16. April an in der zweiten Schlacht an der Aisne, oder am Chemin des Dames oder Offensive Nivelle: *Die Stunde ist gekommen, Vertrauen, Mut und lang lebe Frankreich*. Aber auch diese Offensive scheiterte, die Verluste waren entsetzlich, und in der Armee kam es zu Meutereien. Die Politik reagierte schnell, Nivelle wurde am 17. Mai abgelöst und durch Philippe Pétain ersetzt, einen Gegner der Offensivdoktrin, der das Vertrauen der Soldaten hatte, weil er sich um ausreichende Ernährung und Bewaffnung kümmerte. Er unterdrückte die Meutereien, es gab 49 Erschießungen, davon auch welche zur Abschreckung.

Der Sturz des Reichskanzlers Bethmann und die Friedensresolution des Reichstags

Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg hatte nicht mehr das Vertrauen des Kaisers, und Ludendorff hasste ihn und beanspruchte seine Kompetenzen. So trat er am 3. Juli 1917 zurück, und sein Nachfolger Michaelis war eine Kreatur Ludendorffs. Damit war Ludendorff jetzt auch der eigentliche Chef der zivilen Regierung. Der Reichstag hatte wenig Einfluss auf die Regierung und gar keinen auf den militärischen Bereich. Doch am 17. Juli 1917 beschloss eine Mehrheit aus Zentrum, Liberalen und SPD die Friedensresolution:

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen.

Diese Resolution hatte keinen Einfluss auf die deutsche Politik und wurde auf der alliierten Seite nicht zur Kenntnis genommen. Aber die Mehrheit der Friedensresolution wurde 1919 die Mehrheit für die Weimarer Republik.

Lenin und die Oktoberrevolution in Russland

Lenin, der Chef der sozialistischen Bolschewiki, lebte seit 1916 in Zürich. Er wollte vom imperialistischen Krieg zu Bürgerkrieg und Revolution übergehen. Die deutsche Regierung nahm mit ihm Kontakt auf und transportierte ihn und Trotzki mit der Bahn nach Finnland. Lenin agitierte gegen Kerenski mit der Formel *Friede ohne Annexionen und Kontributionen*. Er hatte finanzielle Unterstützung aus Deutschland. Am 7. November (im russischen Kalender 25. Oktober) übernahm Lenin nach einer neuen Militärrevolte die Macht und erklärte den Krieg für beendet. Im Frieden von Brest-Litowsk im Januar 1918 anerkannte die neue Regierung die Souveränität der unterworfenen Völker und die Eigenstaatlichkeit von Polen, Finnland und der Ukraine.

Clemenceau französischer Ministerpräsident

Georges Clemenceau, radikaler Abgeordneter seit 1871, Gegner der Abtretung von Elsaß-Lothringen, Senator, Innenminister, Ministerpräsident, wurde am 17. November 1917 wieder Ministerpräsident. Er war gegen pazifistische Reden: *Kein Verrat, kein halber Verrat, den Krieg*. Seinen sozialistischen Konkurrenten Caillaux, der Friedensgesprächen zuneigte, ließ er als Verräter einsperren. Um den Krieg energisch weiterzuführen, übernahm er auch das Kriegsministerium und regierte mit Sondervollmachten per Dekret. Die Wirtschaft wurde dem Krieg untergeordnet.

Das Ende 1918

Deutschland konnte sich endlich auf den Krieg an der Westfront konzentrieren. Ludendorff war sich sicher, dass das deutsche Heer jetzt die Offensive aufnehmen und den Krieg siegreich beenden könne. Die Offensive begann am 21. März 1918. Aber die Armee war schlecht ernährt und schlecht ausgerüstet. Die Alliierten hatten die Verstärkung durch eine Million bestens ausgerüsteter amerikanischer Soldaten. Am 29. September hatte Ludendorff endlich begriffen, dass der Krieg verloren war, und er forderte von der Politik den sofortigen Waffenstillstand.

Die deutsche Revolution 1918

Folgen der Revolution 1848

Der Schock der Revolutionsbewegungen im März 1848 hatte dazu geführt, dass die neuen liberalen Regierungen der Wahl einer deutschen Nationalversammlung zustimmten, die sich für eine parlamentarische Monarchie entschied, einen deutschen Kaiser und ein für die Regierung verantwortliches Parlament. Aber der preußische König lehnte im April 1849 ab, weil eine Volksvertretung ihm die Krone überhaupt nicht anbieten konnte, höchstens seine Mitfürsten, die wie er von Gott berufen worden waren. Nach 1849 wurden überall die fürstlichen Rechte ausgebaut und erweitert, die Parlamente hatten nur ein Mitwirkungsrecht bei der Gesetzgebung, aber keinen Einfluss auf die Regierung. Der preußische Landtag, das wichtigste Parlament, war durch das Dreiklassenwahlrecht eine Vertretung der Besitzenden, nicht des Volkes.

Bismarck, 1862 vom König berufen, um gegen die Landtagsmehrheit zu regieren, schaffte mit drei Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich die Gründung des Kaiserreichs. Aber das neue Reich war ein Fürstenbund, ein Vertrag unter Fürsten; König Ludwig von Bayern trug König Wilhelm die Kaiserkrone an, und Großherzog Friedrich von Baden brachte das erste Hoch auf den neuen Kaiser aus. Kein Parlament musste zustimmen, und es gab keine Verfassung. In dem Vertrag war auch ein Parlament vorgesehen, ein nach allgemeinem, gleichem, geheimem und direktem Wahlrecht gewählter Reichstag, aber sein Mitwirkungsrecht war auf die Reichsgesetzgebung beschränkt und ohne jeden Einfluss auf die Regierung. Und die Reichsgesetzgebung war durch den sehr weitreichenden Föderalismus eingeschränkt. Nach innen gab es nur Länderministerien, für das Reich gab es keine Ministerien, nur Reichsämtler. Der einzige verantwortliche Politiker war der Reichskanzler, und er war nur dem Kaiser gegenüber verantwortlich. In der Regel war der Reichskanzler gleichzeitig preußischer Ministerpräsident, die Reichsbeamten kamen aus der preußischen Verwaltung, das übergroße Preußen bestimmte die deutsche Politik.

Dazu kam die Verfügung über das Militär. Die drei Königreiche Bayern, Württemberg und Sachsen hatten eigene Armeen und Uniformen. Die badische Armee war seit 1850 ganz in die preußische Armee eingegliedert. Durch eigene Verträge war der preußische Generalstab für die gesamte militärische Planung zuständig, die Königreiche konnten einzelne Offiziere dahin abordnen. Das Militär war damit außerhalb jeder Reichsgesetzgebung, und in Preußen gab es nur eine sehr eingeschränkte Mitwirkung bei den Finanzen. Das Militär war königliche Prerogative, der Kaiser-König ernannte den Generalstab und die Kommandeure genauso wie den Reichskanzler. Das hatte die Auswirkung, dass nach Bismarck unter Kaiser Wilhelm II. eine preußisch-militärische Hofkamarilla den Kaiser umgab, abschottete und beeinflusste. Kaiser Wilhelm liebte und trug Uniformen, sie wurden zur üblichen Bekleidung bei Hofe. Wachablösungen und Paraden gehörten zur Darstellung der Macht in Berlin. Das alles trug zur Militarisierung der öffentlichen Meinung bei (Hauptmann von Köpenick, Zwischenfall von Zabern 1913).

Die Kriegsplanung

Der große preußische Militärtheoretiker Clausewitz sagte nach den Erfahrungen der napoleonischen Kriege, dass zukünftige Kriege zu Volkskriegen führen würden, die bis zur totalen Erschöpfung beider Seiten durchgekämpft werden müssten, und auch Helmuth von Moltke, der Planer der siegreichen Bismarckkriege, warnte in einer Rede vor dem Reichstag 1890 davor, dass künftige Kriege zum Untergang führen würden. Aber der preußische Generalstab plante seit 1905 unter dem Grafen Schlieffen für Preußen-Deutschland auch im Fall eines Zweifrontenkriegs einen schnellen und sicheren Sieg. Da Russland bei der Mobilisierung viel langsamer sei, sollte Frankreich mit allen Kräften in den ersten vierzig Tagen vollständig besiegt werden, dann könne man sich gegen Russland wenden. Dieser Schlieffenplan, der seit 1905 jährlich aktualisiert und weiterentwickelt wurde, sah einen Durchmarsch durch das neutrale Belgien und eine Einkreisung der französischen Streitkräfte, ein modernes Cannae, vor. Man musste nur den durch Belgien angreifenden Flügel stark genug machen. Der Generalstab hielt den Plan für unfehlbar, den entscheidenden Sieg für sicher. In der abschließenden Marneschlacht hielt aber die französische Armee den deutschen Vormarsch auf, die Deutschen mussten sich zurückziehen und eine Front

aufbauen. Nach Schlieffen war der Krieg damit innerhalb der 40 Tage verloren, aber die militärische Führung machte weiter. Dazu kam, dass die Russen bei der Mobilmachung schneller waren als erwartet, und der wichtigste Sieg war die nicht von Schlieffen geplante Schlacht von Tannenberg. Die deutsche Öffentlichkeit durfte zwar den Sieg Hindenburgs feiern, ebenso wie die Siege an der Westfront, sie erfuhr aber nie von der entscheidenden Niederlage an der Marne.

Der Sonderweg der Deutschen

Die fehlende Demokratisierung wurde gern als eigener deutscher Weg beschrieben:

Geist ist nicht Politik: man braucht, als Deutscher, nicht schlechtes neunzehntes Jahrhundert zu sein, um auf Leben und Tod für dieses <nicht> einzustehen. Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur. ; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur. Der Unterschied von Geist und Politik ist, zum weiteren Beispiel, der von kosmopolitisch und international. Jener Begriff entstammt der kulturellen Sphäre und ist deutsch; dieser entstammt der Sphäre der Zivilisation und Demokratie (Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, 1917, Fischer TB 1991, S. 23)

Die Abdankung der Monarchie

Kaiser Wilhelm und die deutschen Fürsten waren seit Kriegsbeginn abgetaucht, sie bestimmten nicht mehr die Richtlinien der Politik. Die Bevölkerung wurde über die Kriegsanleihen zur Finanzierung des Krieges herangezogen, Eisenbahnwesen, Wirtschaftsordnung, Lebensmittelversorgung immer mehr der militärischen Führung untergeordnet, Presse und Meinungsfreiheit wurden zensiert (Friedensnobelpreisträger Quidde 1927). Hindenburg wurde zum Ersatzkaiser, und Ludendorff organisierte seit 1915 die totale Unterordnung unter den versprochenen Endsieg. Als Kaiser Wilhelm im Oktober 1918 ins Hauptquartier nach Spa floh, fand er dort keine Einheit, die mit ihm an der Spitze in den Heldentod stürmen wollte. Trotzdem konnte er nicht zurücktreten, weil er „von Gottes Gnaden“ König war. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden gab deshalb am 9. November 1918 von sich aus den Rücktritt des Kaisers bekannt.

Die Marine

Die deutsche Kriegsmarine, seit 1900 unter großen Kosten mit viel Propaganda auch vom Kaiser aufgebaut, spielte in der Planung des Generalstabs keine Rolle und wurde (außer den U-Booten im Atlantik) nicht eingesetzt. Die Marine war eine Klassengesellschaft. Die Offiziere pflegten an Bord einen aufwendigen Lebensstil, die Matrosen waren schlecht versorgt. Am 24. Oktober 1918 befahl die Marineleitung das Auslaufen zu einem heldenhaften Endkampf. Das führte zu Befehlsverweigerungen und am 3. November zum allgemeinen Matrosen- und Arbeiteraufstand in Kiel.

Die Rätebewegung

In Russland hatte die Friedenssehnsucht des Volkes zu einer ersten Revolution, zum Sturz des Zaren und zu einer Parlamentsherrschaft geführt, aber die neue Regierung führte den Krieg weiter. Deshalb kam es zu einer zweiten Revolution und zum Misstrauen gegen eine Parlamentsherrschaft. Stattdessen wurden Räte gebildet, kurzfristig gewählte Repräsentanten, die aber vor der Basis rechenschaftspflichtig waren und jederzeit abgewählt werden konnten, sehr demokratisch, aber nicht stabil. Dieses Räte-System übernahmen die Matrosen in Kiel. Es entstanden Matrosenräte, Arbeiter- und Soldatenräte. In den Monaten November und Dezember gab es viele Räte und vom 16. bis 21. Dezember einen Reichsrätekongress in Berlin.

Der Umsturz

Seit dem 5. November gab es in Berlin Demonstrationen und Unruhen, und am Abend des 9. November nach der Verkündigung des Rücktritts von Kaiser Wilhelm und der Ausrufung der Republik übergab Prinz Max von Baden die Geschäfte des Reichskanzlers an Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der SPD. Der bildete mit der USPD zusammen einen Rat der Volksbeauftragten als Regierung, aber er verhandelte auch mit dem Militär und wollte Wahlen zu einer Nationalversammlung. Das Militär bildete Freikorps, die in Berlin für „Ruhe und Ordnung“ sorgten. Den Oberbefehl hatte der SPD-Mann Gustav Noske. Der „Spartakus“ organisierte sich dagegen, und im Januar 1919 herrschte in Berlin wie in München Bürgerkrieg (mit vermutlich 5000 Toten).

Zur Europawoche: Der Versailler Vertrag 1919

Kriegsende und Waffenstillstand

Nach vier Jahren endete der Weltkrieg mit dem deutschen Zusammenbruch. Die Regierung musste Verhandlungen für einen Waffenstillstand aufnehmen, die seit dem 5. November 1918 vom alliierten Oberbefehlshaber Foch geführt wurden (deutsche Delegation unter Matthias Erzberger). Als er am 11. November unterzeichnet wurde (in Frankreich bis heute Nationalfeiertag), war in Deutschland die kaiserliche Regierung schon gestürzt und die Republik ausgerufen. Der Waffenstillstand war nicht einfach die Einstellung der Feindseligkeiten, er legte nicht nur den Rückzug der deutschen Truppen aus Nordfrankreich und Belgien fest, sondern auch alliierte Besatzungen für das Rheinland, Ablieferung schwerer Waffen, Reparationen (5 000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen), Verzicht auf Kolonien und Flotte. Deutschland sollte den Siegern damit „auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“ sein.

In Deutschland stürzte am 9. November die Monarchie, und Friedrich Ebert setzte nach bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen für den 19. Januar die Wahl zur Nationalversammlung durch, die dann die bürgerlich-demokratische „Weimarer“ Verfassung beschloss.

Die Pariser Friedenskonferenz

Die Siegermächte nahmen die Umwälzung in Deutschland kaum zur Kenntnis. Präsident Woodrow Wilson kam am 14. Dezember nach Paris. Schon vorher hatte man sich auf Paris als Konferenzort geeinigt. In Paris, London und Rom wurde er begeistert empfangen. Die Konferenz wurde nicht weiter vorbereitet. Zur Eröffnung am 18. Januar, dem Jahrestag der Ausrufung des Kaiserreichs 1871, waren über 1000 Vertreter der Siegermächte anwesend. Der französische Präsident Poincaré begrüßte die Teilnehmer offiziell:

Vor 48 Jahren, genau auf den Tag, am 18. Januar 1871, wurde das Deutsche Reich von einer Invasionsarmee im Schloss von Versailles ausgerufen. Es empfing seine erste Weihe durch den Raub zweier französischer Provinzen. Es war somit befleckt schon in seinem Ursprung, und durch den Fehler seiner Gründer trug es in sich den Todeskeim. In Ungerechtigkeit geboren, hat es in Schmach geendet. Sie sind versammelt, um das Übel wiedergutzumachen, das es angerichtet hat, und um seine Wiederkehr zu verhüten. Sie halten in Ihren Händen die Zukunft der Welt.

Damit gab er der Konferenz die Marschroute vor. Auf Vorschlag Wilsons wählten die Delegierten den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zum Präsidenten. Die Vollversammlung trat nur selten zusammen. Es gab Ausschüsse und Arbeitsgruppen, aber die Entscheidungen fielen in letzter Instanz im „Rat der Vier“ mit Clemenceau, Wilson, Lloyd George und dem italienischen Ministerpräsidenten Orlando, der aber ab April nicht mehr an den Sitzungen teilnahm.

Das Ziel Frankreichs war die Zerschlagung Deutschlands oder mindestens seine dauernde Entmachtung. Wilson wollte eine bessere, gerechtere und friedlichere Weltordnung. Dazu sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker helfen. Mit dem europäischen und balkanischen Völkergemisch war er aber überfordert. Frankreich förderte seine Schützlinge: Polen, Tschechoslowakei, Serbien – Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Italien. Ungarn, Bulgarien und die Türkei wurden bestraft.

Territoriale Veränderungen

Russland, Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei waren die Verlierer, aber sie wurden auf der Konferenz nicht gehört. Russland verlor die baltischen Provinzen und Polen. Deutschland verlor außer Elsass-Lothringen den Bezirk Eupen-Malmédy an Belgien, Nordschleswig an Dänemark und Westpreußen und Posen an Polen, dazu die deutsche Stadt Danzig (als „freie Stadt“ unter Völkerbundkontrolle) und das schlesische Kohlerevier um Kattowitz (trotz Volksabstimmung für Deutschland). Österreich-Ungarn war aufgelöst. Deutsch-Österreich durfte sich nicht Deutschland anschließen und verlor Südtirol mit Trient und die Grafschaft Görz und Triest an Italien. In Ungarn lebten mehr Ungarn außerhalb als im neuen Kleinungarn. Neu war die Zusammenfassung der Südslawen unter serbischer Führung in Jugoslawien, aber die Kroaten und die Slowenen waren katholisch, und Bosnien-Herzegowina war voller Spannungen. Griechenland erhielt Saloniki, die europäische Türkei (außer Istanbul) und die Provinz Izmir-Smyrna in Kleinasien. Im Osten der Türkei wurde Armenien und das Kurdengebiet abgetrennt. Libanon und Syrien wurde französisches Mandatsgebiet, Mesopotamien, Palästina und Arabien britisches.

Entmachtung und Demütigung Deutschlands

Der Vertrag stellte die Alleinschuld Deutschlands am Krieg fest und leitete daraus die Verantwortung für alle Schäden ab, durch Sach- und Geldreparationen. Die deutsche Führung sollte für Kriegsverbrecherprozesse ausgeliefert werden. Deutschland musste (wie schon im Waffenstillstand) auf die Flotte, die Auslandsvermögen und die Kolonien verzichten und durfte nicht Mitglied der neuen Weltgemeinschaft werden. Eine Reduzierung von Armee und Rüstung Deutschlands sollte einen neuen Krieg unmöglich machen. Dazu kamen Militärbündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei, die Deutschland einrahmen sollten. Außerdem blieb das linksrheinische Deutschland auf deutsche Kosten von Franzosen und Belgiern besetzt, und rechtsrheinisch galt eine 50 km breite entmilitarisierte Zone.

Der Vertrag wurde von der Konferenz beschlossen und am 7. Mai einer deutschen Delegation zur Unterschrift präsentiert. Die Delegation protestierte, die Alliierten forderten ultimativ die Unterschrift, die Regierung unter Philipp Scheidemann trat am 12. Juni zurück (*Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legte?*), Reichspräsident Ebert drängte auf eine neue Regierung, deren Außenminister Hermann Müller am 28. Juni in Versailles unterzeichnete, nachdem am 22. Juni die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 zugestimmt hatte. Clemenceau hatte wohl auf eine Ablehnung gehofft, und Foch stand bereit, den Krieg sofort wieder aufzunehmen.

Diese Bestimmungen wurden in Deutschland als diskriminierend angesehen, als „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“, und die Schuld dafür wurde bald der jungen Republik angelastet.

Völkerbund, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Abrüstung

Der Friedensvertrag mit Deutschland enthielt auch die Wilson so wichtigen Bestimmungen für eine neue Weltordnung, von der Deutschland aber ausgeschlossen bleiben sollte. Der Völkerbund (League of Nations, Société des Nations) wollte durch schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Konflikte und Verzicht auf Gewalt, durch Abrüstung und durch ein System kollektiver Sicherheit die Welt friedlicher machen. Er erhielt seinen Sitz in Genf und nahm am 10. Januar 1920 seine Tätigkeit auf. Gründungsmitglieder waren die 32 Staaten, die auf alliierter Seite den Friedensvertrag mit unterzeichneten. Die Völkerbundsversammlung tagte einmal jährlich, jedes Mitglied hatte eine Stimme, die meisten Beschlüsse verlangten Einstimmigkeit. Die eigentliche Arbeit lag beim Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan als ständigen Mitgliedern (die USA ratifizierten den Vertrag nicht und traten dem Völkerbund nicht bei) und zwölf nichtständigen Mitgliedern. Auch die Beschlüsse des Völkerbundsrats waren einstimmig. Dazu kam ein Generalsekretariat (der Brite James Drummond als Generalsekretär), das sich in den kommenden Jahren große Verdienste bei der Regelung der vielen staatenlos Gewordenen erwarb (Nansen-Pässe).

Der Völkerbund übernahm die Verwaltung der „freien Stadt“ Danzig unter einem eigenen Hochkommissar und die Verantwortung über Mandatsgebiete (das Saarland an Frankreich, der Nahe Osten, die deutschen Kolonien).

Ein wesentliches Element waren Schiedsgerichtsbarkeit, Gewaltverzicht und Ablehnung des Krieges (1928 im Briand-Kellogg-Pakt Ächtung des Angriffskrieges). Die geforderte Abrüstung kam nicht zustande, weil Deutschland nach der Zwangsabrüstung durch den Vertrag nicht weiter abrüsten wollte, Frankreich aber aus Sicherheitsgründen an einer überstarken Armee festhielt. Zum System der kollektiven Sicherheit gehörte das Vertragswerk von Locarno 1925, in dem Frankreich und Deutschland sich gegenseitig ihre gemeinsame Grenze garantierten.

Gesamtbewertung

Der Versailler Vertrag hat die zukunftsweisenden Ideen von Völkerbund und Abrüstung in unglücklicher Weise mit dem „Abstrafen“ und „Kleinmachen“ Deutschlands verbunden; der amerikanische Präsident Wilson hat sich zu sehr von dem geschickten Clemenceau abhängig gemacht. Doch der wurde in Frankreich kritisiert, weil er nicht die Aufteilung Deutschlands erreicht hatte.

Literatur

Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles. Beck Wissen 2005

Jean-Jacques Becker, Serge Berstein: Victoire et frustrations 1914 – 1929. Ed. du Seuil 1990

John Maynard Keynes : Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles (1919). Neuausgabe der deutschen Übersetzung von 1920 Berenberg Berlin 2006.

Die Weimarer Verfassung

Die Revolution und die Wahl zur Nationalversammlung

Die Monarchie hatte seit Kriegsbeginn abgedankt, der Krieg war von einer immer allgemeineren Militärdiktatur bis zum bitteren Ende geführt worden, die von den Deutschen die bittersten Opfer für den versprochenen Endsieg forderte, aber am 29. September 1918 den Krieg für verloren erklärte und von der Politik den Abschluss eines Waffenstillstandes forderte. Der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden bemühte sich um den Waffenstillstand und führte längst überfällige Reformen durch. Mit dem Rücktritt des Kaisers hoffte er, die Monarchie erhalten zu können, aber der Aufstand der Matrosen in Kiel machte den Vertrauensverlust in die alte Führung deutlich und führte am 9. November zur Ausrufung der Republik. Prinz Max übergab die Geschäfte des Reichskanzlers an Friedrich Ebert, den Führer der größten Partei, der Sozialdemokratie. Links von der SPD war die Linke im Spartakusbund organisiert und forderte eine kommunistische Revolution, eine Räterepublik, eine Neuverteilung von Besitz und Einfluss. Auf der anderen Seite stand das Heer, offiziell mit der Rückführung der Truppen aus Frankreich beschäftigt, inoffiziell mit der Aufstellung von „Freikorps“ durch Offiziere, die mit ihren Kampfverbänden zum Einsatz gegen die Revolution bereit waren. Die Kämpfe zwischen Freikorps und Spartakisten in Berlin und in München im Januar 1919 waren der Anfang des Bürgerkriegs. Friedrich Ebert sah als einzige Möglichkeit die möglichst schnelle Wahl zu einer Deutschen Nationalversammlung. Die Regierung erließ am 30. November eine Wahlordnung, die das Wahlalter auf 20 Jahre festlegte und den Frauen das Wahlrecht zubilligte. Gewählt werden sollte nach dem reinen Verhältniswahlrecht, und die Wahl wurde auf den 18. Januar 1919 festgelegt. Tatsächlich wirkte die Wahl auf die politische Situation beruhigend.

Die Arbeit der Nationalversammlung

Die Mehrheitssozialdemokratie erhielt 37,6%, das katholische Zentrum 19,7%, die linksliberale DDP 18,5%, zusammen eine Dreiviertelsmehrheit für eine bürgerliche Republik. Die Unabhängigen Sozialdemokraten, die für eine weitergehende Revolution waren, bekamen 7,6%. Die rechtsliberale DVP unter Stresemann kam auf 4,4%, die Deutschnationale Volkspartei auf 10,3%. Die Nationalversammlung trat am 6. Februar zum ersten Mal zusammen, und zwar im Hoftheater in Weimar, weil Berlin zu unruhig war. Präsident wurde der Zentrums Politiker Constantin Fehrenbach aus Südbaden. Am 10. Februar wurde Friedrich Ebert zum amtierenden Reichspräsidenten gewählt und das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt verabschiedet. Regierungschef einer Koalitionsregierung der „Weimarer Parteien“ wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann. Der Staatsrechtler Hugo Preuß, Professor in Berlin, politisch den Linksliberalen nahestehend, wurde am 15. November zum Staatssekretär des Inneren ernannt und mit der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs beauftragt, dem Konzept für die verschiedenen Ausschüsse. Dabei diente die Verfassung der Paulskirche oft als Vorlage. Preuß war Reichsinnenminister in der Regierung Scheidemann. Nachdem im Verfassungsausschuss (Vorsitz Conrad Haussmann) ein Entwurf fertiggestellt worden war, begann am 2. Juli die zweite Lesung im Plenum.

Wichtige Entscheidungen

Im Entwurf stand als **Staatsname** „Deutsche Republik“, aber eine große Mehrheit entschied sich für „Verfassung des Deutschen Reiches“, für die bewusste Kontinuität zum Kaiserreich. In Artikel 3 sind die Reichsfarben schwarz-rot-gold, die Handelsflagge bleibt aber schwarz-weiß-rot.

Föderalismus und Zentralismus: Die SPD war für einen Zentralstaat, aber die Länder, die an eigenen Verfassungen bastelten, wollten ihre Rechte möglichst behalten. Trotzdem ist die Weimarer Verfassung deutlich zentralistischer als das Kaiserreich. Die Ländervertretung im Reichsrat ist gegenüber dem Reichstag merklich schwächer, sie hat nur ein aufschiebendes Veto. Nach Artikel 13 bricht Reichsrecht Landesrecht. Hugo Preuß wollte für einen besseren Föderalismus Preußen zerschlagen, aber die Mehrheit war dagegen. Preußen blieb das gewichtigste Land, aber die Koppelung mit dem Reich wurde aufgelöst, und die preußischen Sitze im Reichsrat wurden regionalisiert, nicht mehr gemeinsam abgegeben. Das Reich übernahm die Steuerhoheit durch die Finanzreformen Erzbergers 1920. Die Länder wurden vom Reich alimentiert. Dazu kam die Zentralisierung des Post- und Fernmeldewesens und der Eisenbahn. Von den

Plänen zur Neugliederung der Länder blieb nur der Zusammenschluss der sächsischen Kleinstaaten zum Land Thüringen 1920. Für die Verwaltung war das Reich weiter auf die Länderverwaltungen angewiesen, nur das Militär und die Vertretung des Reiches nach außen waren ausschließlich Reichssache. Ein Staatsgerichtshof in Leipzig entschied als Verfassungsrecht über Streitfragen unter Verfassungsorganen.

Ministerverantwortlichkeit: Der Reichskanzler und die einzelnen Minister waren dem Reichstag gegenüber verantwortlich und konnten durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden. Da es keine Mehrheitspartei gab, nur Koalitionsregierungen, war die Regierungsbildung schwierig und der Sturz von Ministern und Regierungen einfach. Der Reichskanzler konnte beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags verlangen. Kein Reichstag hat die volle Legislaturzeit von vier Jahren erreicht. Dazu gab es die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid.

Grundrechte: Der zweite Hauptteil von Artikel 109 bis Artikel 165 behandelt die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen. Dazu gehören die Rechtsgleichheit, die Aufhebung des Adels, die Freiheit der Person, die Religionsfreiheit, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft. Eigentum ist geschützt, verpflichtet aber auch. Art. 165: *Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.*

Der Reichspräsident

Der Reichspräsident wird direkt vom Volk auf sieben Jahre gewählt. Allerdings wurde Friedrich Ebert von der Nationalversammlung gewählt und danach bis zu seinem Tod 1925 immer wieder verlängert. Danach wurde Hindenburg 1925 direkt gewählt und 1932 direkt verlängert, jeweils im zweiten Wahlgang.

Artikel 48: *(1) Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. (2) Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. (3) Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.*

Dieser Artikel, der für den Notstand dem Reichspräsidenten die Verantwortung und die Macht überträgt, wurde schon von Ebert dazu benutzt, strittige und wichtige Gesetzesvorhaben zu beschleunigen. Nachdem Hindenburg Präsident geworden war, arbeitete seine Umgebung daran, aus dem Artikel 48 die rechtliche Grundlage für eine Präsidialregierung zu machen, und seit 1930 regierte Hindenburg mit diesem Notstandsartikel als Präsidentenvollmacht.

Die Weimarer Republik scheiterte nicht an ihrer Verfassung, sondern an dem Nichtvorhandensein einer republikanisch-demokratischen Mehrheit, insbesondere seit 1929.

Verabschiedung der Verfassung

Die Ausarbeitung und Verabschiedung der Verfassung war überlagert von der Zustimmung zum Versailler Vertrag, der am 12. Mai vorgelegt wurde und ohne Änderung angenommen werden musste. Philipp Scheidemann trat zurück, die neue Regierung unter Gustav Bauer erhielt die Zustimmung mit 237 gegen 138 Stimmen und unterzeichnete den Vertrag am 28. Juni 1919.

Am 31. Juli 1919 wurde die Verfassung in Dritter Lesung mit 262 zu 75 Stimmen angenommen, 84 Abgeordnete fehlten bei der Abstimmung. Am 11. August wurde sie von Friedrich Ebert unterschrieben und im Reichsgesetzblatt verkündet, am 14. August trat die Verfassung in Kraft. Die Nationalversammlung löste sich am 21. Mai 1920 auf. In der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 verloren die Weimarer Parteien über 25%, die Regierungsbildung wurde schwieriger.

(Gerhard Anschütz: *Die Verfassung des Deutschen Reiches. Kommentar, zuerst 1921*)